



Nationalsozialistischer
Wohn- und Siedlungsbau
Fuchsbreite
Lindenhof-Siedlung
'Gagfah-Siedlung' Lemsdorf



Stadtplanungsamt Magdeburg

Mitarbeiter:

Hans-Reinhard Adler
Christa Anger
Peter Anger
Birgit Arend
Heidrun Bartel
Roswitha Baumgart
Sylvia Böttger
Monika Bohnert
Wolfgang Buchholz
Klaus Danneberg
Renate Dilz
Wilma Ebeling
Gabriele Eschholz
Klaus Eschke
Jutta Fittkau
Hannelore Friedrich
Peter Görke
Hans Gottschalk
Margott Gottschalk
Gabriele Grickscheit
Marlies Grunert
Andrea Hartkopf
Hans Heinecke
Anette Heinicke
Sabine Hlous
Heinrich Höltje
Wilfried Hoffmann
Gudrun Hunger
Wolfgang Jäger
Heinz Jasniak
Heinz Karl
Krista Kinkeldey
Dr. Karin Kirsch
Hannelore Kirstein
Jutta Klose
Helga Körner
Dr. Günther Korbel
Brigitte Koch
Christa Kummer
Peter Krämer
Thomas Lemm
Gisela Lenze
Marlies Lochau
Bernd Martin
Konrad Meng
Helmut Menzel
Angelika Meyer
Heike Moreth
Bernd Niebur
Doris Nikoll
Corina Nürnberg
Heinz-Joachim Olbricht
Dr. Carola Perlich
Dr. Eckhart W. Peters
Dirk Polzin
Liane Radike
Jörg Rehbaum
Karin Richter
Dirk Rock
Jens Rückriem
Karin Schadenberg
Jutta Scheibe
Hannelore Schettler
Günter Schöne
Monika Schubert
Helga Schröter
Klaus Schulz
Achim Schulze
Hannelore Seeger
Rudi Sendt
Siegfried Szabo
Heike Thomale
Judith Ulbricht
Wolfgang Warnke
Rolf Weinreich
Astrid Wende
Burkhard Wrede-Pummerer
Marietta Zimmermann

Bisher erschienene Dokumentationen des Stadtplanungsamtes

- 1/93 Strukturplan
- 2/93 Verkehrliches Leitbild
- 5/93 Stadtsanierung Magdeburg-Buckau
- 7/93 Workshop • Nördlicher Stadteingang •
- 8/93 Städtebaulicher Denkmalschutz Hegelstraße
- 9/93 Radverkehrskonzeption
- 11/93 Workshop • Kaiserpfalz •
- 12/94 Kleingartenwesen der Stadt Magdeburg
- 13/94 Hermann-Beims-Siedlung
- 14/94 Siedlung Cracau
- 15/94 Städtebauliche Entwicklung 1990-1994
- 17/94 Schlachthof-Quartier
- 18/I/94 Napoleonische Siedlungen
- 18/II/94 Baugeschichte Neue Neustadt
- 18/III/95 Baugeschichte Sudenburg
- 19/94 Anger-Siedlung
- 22/94 Curie-Siedlung
- 28/94 Bundesgartenschau 1998
- 29/94 Workshop Siedlungen 20er Jahre

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die mir bei der Erstellung dieses Gutachtens mit Rat und Tat zur Seite standen. Ein besonderes Dankeschön an Dr. Friedhelm Fischer. Seine zahllosen Tips und Hinweise haben entscheidend zum Gelingen dieses Heftes beigetragen. Unermüdlich und immer freundlich suchte mir Frau Rosner von der Bauaktenkammer unzählige Akten heraus, oft auch außerhalb der Öffnungszeiten. Danken möchte ich auch meiner Gastgeberin in Magdeburg, Frau Christa Sellnow im Vermessungsamt, die mir half, wo immer sie konnte.

Die Suche nach dem ohnehin spärlichen Quellenmaterial im Stadtarchiv wurde mir durch die freundliche Unterstützung von Frau Hebecker und Frau Jänicke erleichtert.

Herr Badnjevic hat die zahlreichen Umzeichnungen angefertigt; für die schnelle und sehr saubere Ausführung möchte ich meinen ganz herzlichen Dank aussprechen.

Heidi Roeder



Umschlag gedruckt auf
chlorfrei gebleichtem Papier
Gedruckt auf Recycling-Papier

Landeshauptstadt Magdeburg

Stadtplanungsamt Magdeburg

Nationalsozialistischer Wohn- und Siedlungsbau

FUCHSBREITE
LINDENHOF-SIEDLUNG
'GAGFAH-SIEDLUNG' LEMSDORF

Heidi Roeder



INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
Grußwort des Oberbürgermeisters	3
Einleitung Dr. E. W. Peters	5
I. Stadtbaugeschichtlicher Hintergrund Architekturpolitische Kontroversen	8
Architektur als Mittel ideologischer Propaganda	10
Die Architektur im Dritten Reich	13
Das Bauprogramm der Nationalsozialisten	13
Der Siedlungsbau im Nationalsozialismus	14
Die Anfänge staatlich unterstützter Wohnbaupolitik	14
Nationalsozialistischer Wohn- und Siedlungsbau	15
Phase I 1933 - 1935/6	
Phase II 1936 - 1939/40	
Phase III 1940 - 1943	
II. Magdeburger Wohn- und Siedlungsbau aus der Zeit des Nationalsozialismus	23
Die Kleinsiedlung	23
Die Siedlungen Lindenhof und Fuchsbreite:	24
Die Planung einer "Gemeinschaftssiedlung".	29
Die „SA - Dankopfersiedlung“ (Siedlung Fuchsbreite)	34
Zur Entstehungsgeschichte	34
Die Siedlung	42
Baubeschreibung der Siedlerstellen	50
Baubeschreibung der Eigenheime	52
Volkswohnungsanlagen	55
Die Lindenhof-Siedlung	55
Baubeschreibung	
Die 'Gagfah-Siedlung' in Lemsdorf	84
Baubeschreibung	
III. Empfehlungen zum Umgang mit den Siedlungen aus architektonischer und städtebaulicher Sicht	107
ANHANG I	114
ANHANG II	140
Literaturverzeichnis	140

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Broschüre "Nationalistischer Wohn- und Siedlungsbau" erhellen die Magdeburger Stadtplaner eine Epoche in der Geschichte des deutschen Volkes, die oft verdrängt wird oder einseitigen Interpretationen unterworfen ist. Die politischen Auseinandersetzungen während der Herrschaft des Nationalsozialismus, die Hintergründe des Zweiten Weltkrieges und das Scheitern der Hitler-Regierung sind vielfach untersucht und kommentiert worden. Über das Leben der Bevölkerung in dieser Zeit ist dagegen relativ wenig bekannt.

Die regionalgeschichtlichen Besonderheiten und die Entwicklung Magdeburgs zwischen 1933 und 1945 geraten erst heute, mit dem Ende der Nachkriegsära in den Mittelpunkt historischer Forschungen. Das halte ich für sehr wichtig, denn die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte darf dunkle Kapitel nicht ausklammern.

Magdeburg hatte sich in den 20er Jahren unter der Regierung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Hermann Beims zu einer modernen Industriemetropole entwickelt, von der zugleich vielfältige künstlerische Impulse ausgingen: Magdeburg war die "Stadt des neuen Bauwillens", Zentrum der Künstlervereinigung "Die Kugel", Gastgeber der Deutschen Theaterausstellung.

Natürlich wußten die Nationalsozialisten die verkehrsgünstige Lage der Stadt und ihre industriellen Kapazitäten zu nutzen. Magdeburg wuchs unterm Hakenkreuz zu einem Zentrum der Rüstungsindustrie; das schon in der Weimarer Republik begonnene Industriegebiet Rottensee wurde systematisch aufgebaut, Autobahn und Mittellandkanal in Angriff genommen.

Fortgesetzt wurde auch der Wohnungsbau. Die Siedlungen Lindenhof, Fuchsbreite und Lemsdorf entstanden. In den damaligen Kontroversen um Dachformen offenbart sich uns heute, wie eine Ideologie alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens durchdringen kann: Das von den Architekten des Neuen Bauens bevorzugte Flachdach war verpönt, es galt als Beweis eines "nomadischen" und "orientalischen" Baustils. Satteldächer hingegen zeugten von Heimatverbundenheit und Bodenständigkeit. Auch die Architektur wurde ein wirksames Propagandamittel der germanisch-rassischen Kulturideologie.

Die vorliegende Publikation kann nur einen Aspekt der Stadtentwicklung zwischen 1933 und 1945 aufgreifen. Sie beschreibt, wie eine gleichgeschaltete Architektur das Baugeschehen in Magdeburg beeinflusste und er-



gänzt deshalb nicht nur die baugeschichtlichen Forschungen der Magdeburger Stadtplaner, sondern befördert ein differenzierteres Bild über das Leben im Dritten Reich. Ich wünsche der Broschüre "Nationalsozialistischer Wohn- und Siedlungsbau" viele interessierte Leser.

Dr. Willi Polte
Oberbürgermeister

DIE
ROTE
STADT
IM
ROTEN
LAND



SOZIALDEMOKRATISCHER
PARTEITAG MAGDEBURG 1929

DIE ROTE STADT IM ROTEN LAND

Ein Buch über das Werden und Wirken der
Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem
Bezirk Magdeburg-Anhalt

EINLEITUNG

1919 gründete Walter Gropius, als Nachfolger Henry van de Veldes, in Weimar das *Bauhaus*, wie die 1906 vom Großherzog von Sachsen-Weimar ins Leben gerufene Kunstgewerbeschule unter ihrem neuen Leiter genannt wurde. Nach dem Manifest von 1919 sollte das Bauhaus eine Handwerkerschule werden, in der alle Künstler, Architekten, Maler, Bildhauer usw. auf das große Ziel, den "neuen Bau der Zukunft", hinarbeiteten. Die Gestaltung des Industrieprodukts und strenge kubische Formen lösten den Expressionismus der revolutionären Nachkriegszeit bald ab. Dieser Umschwung fand entscheidenden Ausdruck in einem Memorandum von Gropius vom Jahre 1929 ("Kunst und Technik, eine neue Einheit"). Mit Gropius und dem *Bauhaus* begann die klassische Ära der modernen Architektur. Als sei die Suche nach neuen Möglichkeiten erfolgreich beendet, setzte sich nun ein Stil durch: das Neue Bauen oder auch die Neue Sachlichkeit, gekennzeichnet durch neue Formen und neue Baumaterialien: Stahl, Beton und Glas.

Ab 1924 hatte sich die Reichsmark durch Auslandsanleihen weitgehend stabilisiert, so daß in den Kassen

der Städte und Kommunen das Geld für die Errichtung von dringend benötigtem Wohnraum vorhanden war. Zusätzlich verhalf die Einführung der Hauszinssteuer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zu günstigen Staatskrediten seitens des Staates. Beim nun folgenden Bauboom erhielten die Architekten des Neuen Bauens ausreichend Gelegenheit, ihre Auffassungen zu verwirklichen, besonders im Bereich des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus.

Die politische Situation in der Weimarer Republik, der Wunsch nach tiefgreifender gesellschaftlicher Erneuerung nach der Abschaffung des Kaiserreichs, wurde in allen Lebensäußerungen und -bereichen der jungen Demokratie spürbar und kam in der Architektur besonders sichtbar zum Ausdruck. Begünstigt wurden die Architekten des Neuen Bauens, vor allem in mehrheitlich SPD-regierten Ländern, durch aufgeschlossene Bürgermeister oder Baudezernenten, die den architektonischen Neuerern durch Aufträge die Gelegenheit verschafften, ihre Programme in die Tat umzusetzen. Neben Frankfurt, Hamburg, Dessau und Berlin zählte Magdeburg zu den Städten, in denen sich die moderne Architektur besonders stark durchsetzte. Unterstützt durch Hermann Beims, Oberbürgermeister von 1919-1930, konnten engagierte Reformarchitekten wie Bruno Taut und Johannes Göderitz auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus in Magdeburg, "der Stadt des neuen Bauwillens", ihre Konzepte verwirklichen.

Die Architekten des Neuen Bauens unterschieden sich von den konservativen Architekten durch eine ideolo-

gisch linkslastige Ausrichtung. Das Bürgertum dagegen wollte sich bewußt von der Arbeiterklasse absetzen, und um einer Gleichsetzung auch auf architektonischer Ebene zu entgehen, wurde weiterhin konservativ gebaut. Während die moderne Architektur die Zukunft in der industriellen Produktionsweise sah, beharrte die konservative Seite auf der Bedeutung des Handwerks.

Die herausragende Bedeutung der Architektur im Nationalsozialismus war nicht zuletzt Folge eines Meinungskrieges, geführt zwischen den Vertretern des Neuen Bauens und politisch konservativen Architekten, die sich zu einer bodenständigen, nationalen Architektur bekannten. In den Auseinandersetzungen im *Deutschen Werkbund*, dem beide Parteien angehörten, spiegeln sich die politischen und sozialen Spannungen der Weimarer Republik.

Adolf Hitler, der sich selbst gern als Architekt verstand, und seine Mitstreiter, darunter konservative Architekten, erkannten schon früh in der Kunst und Architektur geeignete Propagandamittel. Dies war einer der wesentlichen Gründe dafür, daß die Architektur im Dritten Reich als "Mutter der Künste" eine Vorrangstellung genoß und eine besondere Rolle in der Selbstdarstellung des Regimes spielte.

Heidi Roeder
Eckhart W. Peters
Klaus Schulz

42. Zahl der Wohngebäude und Wohnungsbestand am Jahresende 1925—1934

Jahre	Wohngebäude	Wohnungen	Davon Wohnungen mit . . . Wohnräumen (einschl. Küche)							
			1	2	3	4	5	6	7	8 u. mehr
1927	15 501	85 030	965	4309	35 374	22 655	10 227	5924	2516	2560
1928	15 959	86 675	965	4310	36 472	23 392	10 406	6004	2547	2579
1929	16 235	87 859	965	4312	36 839	23 937	10 596	6053	2568	2589
1930	16 832	90 298	964	4367	37 615	24 897	11 147	6124	2594	2590
1931	17 142	91 956	1044	4373	38 242	25 674	11 290	6149	2598	2586
1932	17 480	92 757	1046	4395	38 700	25 871	11 379	6183	2617	2566
1933	18 122	94 124	1048	4431	39 299	26 362	11 563	6267	2638	2516
1934	18 670	95 746	1059	4570	39 934	26 922	11 781	6350	2643	2487



Arbeiter der Schwermetallindustrie in Magdeburg.

I. STADTBAUGESCHICHTLICHER HINTERGRUND ARCHITEKTUR UND WOHNUNGSPOLITIK IN DER WEIMARER REPUBLIK

Die Weimarer Republik hatte die Voraussetzungen für einen sozialen Wohnungsbau geschaffen, und die Avantgarde der Architekten widmete sich verstärkt der Planung und Ausführung von Wohnbauten. Ihr Ziel war es, den arbeitenden Klassen zu erschwinglichen Mietpreisen ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen. Transparenz und Leichtigkeit sollten die Bauten prägen, durch eine aufgelockerte Bebauung, gute Lichtverhältnisse und ansprechende Außenanlagen sollte das Wohnen einen neuen, gesunden Charakter bekommen. Gleichzeitig versuchte man, durch Typisierung, Normierung und Rationalisierung ein kostengünstiges Bauen zu bewirken.

Deutschland wurde nun zum internationalen Mittelpunkt des Neuen Bauens. Von hier aus verbreiteten sich die Ideen rasch ins europäische Ausland (De Stijl in Holland) und nach Amerika (International Style). Während jedoch die internationale Presse die moderne Architektur in Deutschland bejubelte, rief sie im eigenen Land auch viel Kritik hervor.

Das gebaute Siegeszeichen der Avantgarde ist die 1927 unter der Leitung von Mies van der Rohe errichtete Weißenhofsiedlung in Stuttgart, eines der national wie international meistdiskutierten Bauprojekte dieser Zeit.

Die Siedlung war von der Stadt Stuttgart in Auftrag gegeben worden, um Modelle für einen neuen, kostengünstigeren Wohnungsbau zu entwickeln (Serienfabrikation). An der Planung der Siedlung, welche im Rahmen der Werkbundaussstellung "Die Wohnung" errichtet wurde, waren u. a. Le Corbusier und Bruno Taut beteiligt. Die Weißenhofsiedlung, eine aus Einzel- und Reihenhäusern bestehende Anlage, führt im Massensiedlungsbau Merkmale ein, die bis dahin zu den Privilegien eines gehobenen Bürgertums und seiner Villenarchitektur zählten. Die Hanglage, lichtdurchflutete Innenräume und die aufgelockerte Bebauung waren einige der Elemente, die man von den monotonen Reihenhaussiedlungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht kannte; auch darin ist ein Grund für die Aufmerksamkeit zu sehen, die dieses Modell weltweit erregte.

Die konservative Opposition im Land war empört. Das Bauhaus und dessen Anhänger hatten in ihren Augen wieder einmal Zeugnis abgelegt vom Verfall der abendländischen Kultur und Tradition. Das Flachdach galt als Beweis eines "nomadischen" und "orientalischen" Baustils/Politisch konservative Architekten gewannen nicht zuletzt durch die Kontroverse um die Weißenhofsiedlung zunehmend an Boden und bereiteten das günstige Klima vor, in dem die Architektur des Dritten Reiches gedeihen konnte.

Was von der öffentlichen Hand im Baubereich gefördert und finanziert wurde, diffamierte die rechtskonservative



Luxuslimousinen an der ehemaligen Ulrichkirche.

Kritik als "Kunst-Bolschewismus" oder "bolschewistische Architektur". Dieser von Alfred Rosenberg geprägte Terminus wurde im konservativen Jargon aufgenommen und war später nicht mehr aus der NS-Propaganda wegzudenken. Kaum ein anderes Projekt dieser Zeit hat so viel Spott und Kritik hervorgerufen wie die Weißenhof-Siedlung. Die Anhänger der Kritik kamen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten: ältere Architekten, die sich um ihren Stil betrogen fühlten, Handwerker, die den Einsatz vorgefertigter Teile und den Trend zum Flachdach mit Sorge beobachteten sowie der Mittelstand und das Kleinbürgertum, denen die moderne Architektur zu "sozialistisch" war. Ebenso betroffen fühlte sich die traditionelle Baustoffindustrie. Die neuen Baumaterialien Glas, Stahl und Stahlbeton riefen auch bei ihr Existenzängste hervor. Es ging den meisten jedoch vorrangig um die Wahrung eigener Interessen und weniger um die ideologische Verurteilung eines spezifischen Baustils.

Bei der Kritik am Neuen Bauen waren jedoch auch völkische und antisemitische Töne unüberhörbar; Futterneid und nationalistische Ressentiments gegen Ausländer, Juden und Kommunisten übertönten die Einwände gegen die Architektur selbst. Dazu ein zeitgenössisches Zitat:

*Die Weißenhof-Siedlung
Ein Bericht zum fünfjährigen Bestehen*

... So entstand die Siedlung Weißenhof, die das gutmütige schwäbische Volk bald "Neu-Jerusalem" tauf-

te. Der Werkbund hat viel tüchtige und ehrenwerte Mitglieder, sie ahnten nicht, welch einem Klüngel von ausländischen Auch-Künstlern vom Bunde zur Auftragsjagd für hochgeschwellte Geldtaschen Freiheit gelassen wurde. Als die 25 Einfamilienhäuser nagelneuer Baugesinnung und dito Stockwerkwohnungen fertig waren, hatte die lautgespielte Reklameorgel Gläubige von weither gelockt. Da standen nun die Massen vor dem neuen Arbeitseffekt. Villen auf Stahlstelzen gab es, dazu viel orientalische Imitationen. Scheu standen die Leute vor gläsernen Wohnfronten, die freilich von manchen späteren Bewohnerinnen mit Wachstuch bezogen wurden. Es erschienen steckengebliebene Wohnmaschinen und fensterlose Wände mit kreischenden Farben. Man sah auch Zementschreibtischplatten und im Parterre-Empfangsraum als Funktionseffekt den Zentralheizkessel. Außerdem fand man jene Schöpfungen, die eher wie ein Operations- oder Arrestlokal als eine Wohnung erschienen. Man bemerkte eine neue übelriechende Wohnkultur, z. B. in Eisenrahmen halbhoch gefaßte Betonwände als Zimmertrennung von Kneipecke und Hausfrauenschlafabteil, in das über die niedrigen Trennwände hinweg der Tabakqualm zechender Freunde des Hausherrn dringen konnte. Man sah jene halben Wände, über die hinweg etwas längere Hausgäste unter Umständen ein Familienmitglied auf diskreter Sitzgelegenheit sehen konnten. Es waren aber "garantiert vorbildliche Lösungen" angekündigt, "gewonnen aus der Summe der gewonnenen Zeitfaktoren."

Das Volk wurde sozusagen überredet, dieses Bauwunder mit einer Werkbund-Hornbrille anzusehen, um die würdigen neuen Futterale für ganz moderne Bewohner zu verstehen. Über diese Flachdachkunstwerke geriet eine sehr propagierte, jetzt aber verflissene Frankfurter Zeitschrift in wahre Ekstase. Hier handelte es sich ja nicht etwa um vergängliche Machwerke für vorübergehende Ausstellungszwecke, nein, um angeblich höchst solide Bauten für wirtschaftliche Dauerlösung durch hochwertige Bewohner, die nach Corbusiers etwas gewalttätigen Versuchen eine hohe Lebensbefriedigung finden würden; es waren neue gemauerte Proteste gegen "nationale Rückständigkeit"!... (Teut 1967, 55 f).

Architektur als Mittel ideologischer Propaganda

Die Nationalsozialisten favorisierten die konservativen und nationalistischen Tendenzen, die es während der ganzen Zeit der Weimarer Republik gegeben hatte, und versahen sie mit einem Ausschließlichkeitsanspruch. Sie erkannten in der Architektur überdies ein wirksames Propagandamittel im Kampf um die germanisch-rassische Kulturideologie.

Während der "Kampfzeit" der Nationalsozialisten wurden zahlreiche Beiträge publiziert, die immer wieder die moderne Kunst und Architektur auf das schärfste angingen. Bereits 1928 hatten konservative Architekten, unter ihnen Paul Bonatz, Paul Schmitthenner und Paul Schultze-Naumburg, mit dem sog. "Blockmanifest" gegen die moderne Architektur Stellung bezogen. 1929 gründete Alfred Rosenberg den *Kampfbund für deutsche Kultur*.

Rosenberg, selbst Architekt bevor er die politische Laufbahn einschlug, sah sich nach Hitlers Machtübernahme prädestiniert, die neuen Richtlinien für die Architektur des Reiches aufzustellen.

1930 entstand der *Kampfbund deutscher Architekten und Ingenieure*, eine Unterorganisation des *Kampfbundes*, dem sich prominente Gegner des Neuen Bauens anschlossen, unter ihnen Konrad Nonn, Paul Schmitthenner und Alexander von Senger.

In dieser Zeit liefen viele konservative Architekten ins nationalsozialistische Lager über. Die Forderung nach einer Bauweise, die in den Traditionen des Landes verwurzelt war, entsprang nicht immer einer völkischen Architektur-Auffassung, sondern konnte auch gemäßigten Ursprungs sein. Immerhin zählten zu diesen Architekten auch namhafte Vertreter jener modernisierenden Bewegung des *Werkbundes*, die vor nicht allzu langer Zeit für eine klare Formensprache in der Architektur plädiert hatten und nicht nur Anhänger eines "Heimatstils".

Die von der Depression gebeutelte Bauwirtschaft hoffte sich von einem Regierungswechsel eine Besse-

rung der Auftragslage. Deshalb fanden die immer heftiger werdenden Attacks der nationalsozialistischen Partei gegen das Neues Bauen die Zustimmung vieler von der Bauwirtschaft abhängigen Berufsgruppen.

Das Getöse der Opposition verfehlte seine Wirkung nicht. Nach und nach verlor das Bauhaus, welches sich bislang auf das Wohlwollen und auf Aufträge der öffentlichen Hand bei Gemeinden und Kommunen verlassen konnte, an Boden. Sorge um den Arbeitsplatz, Unsicherheit und Unzufriedenheit einer schweigenden, politisch indifferenten Mehrheit von Architekten beschernten Propagandisten wie Rosenberg, Schultze-Naumburg oder Alexander von Senger neuen Zulauf.

Paul Schultze-Naumburg, Mitglied des *Werkbundes* und einst Befürworter einer fortschrittlichen Architektur, rief zum Kampf gegen die "bolschewistische" Bauweise auf. Für Schultze-Naumburg war die Stunde günstig, mit dem Bauhaus abzurechnen. Schon in den zwanziger Jahren hatte er begonnen, seinem Unmut über die radikalen Architekten und deren Methoden öffentlich Luft zu machen. Mit einer Vortragsreihe in mehreren deutschen Großstädten setzte er seinen Feldzug gegen die moderne Kunst und Architektur fort.

Zu den wesentlichen Punkten nationalsozialistischer Architekturpropaganda zählte die Verurteilung und Negerung der Großstadt als Wohnraum. Richard Walter Darré, Begründer der Blut- und Boden-Theorie, propagierte die Rückkehr zum ländlichen Leben und zur Landwirtschaft. Nur die Rückkehr reinrassiger Bauern zum ländlichen Leben konnte nach Darrés Überzeugung die nordische Rasse erhalten, eine Theorie, die von der Parteispitze im Hinblick auf ihre Besiedlungspläne in den Ostgebieten besonders begrüßt wurde. Auch die Presse übernahm allmählich die Argumente der nationalsozialistischen Ideologie und beschimpfte die Großstadt als "Sammelbecken allen Übels ... von Prostitution, Kneipen, Krankheiten, Kinos, Marxismus, Juden, Nackttänzerinnen, Negertänzen und allen Ferkeleien der sogenannten "modernen Kunst". (Miller-Lane 1986, 150).

Rosenberg, Schultze-Naumburg und Darre zählten zu den fanatischsten Vertretern des Widerstandes gegen die avantgardistische Kunst und Architektur. Sie beeinflussten Presse und Öffentlichkeit mit Hilfe von neuerrichteten Organisationen wie *Der Kampfbund*, *Die Deutsche Arbeitsfront*, dem *Reichsheimstättenamt* oder dem Amt für *Schönheit der Arbeit*. Die Funktionäre dieser Ämter traten immer vehementer und unnachgiebiger für eine Rückkehr zu den traditionellen Werten im Bauwesen ein. Während sie die Urbanisierung der Städte verurteilten, plädierten sie für eine landschaftsbezogene Siedlungsbauweise auf dem Land. Immer stärker wurde auch die rassistisch motivierte Argumentation, nach der die moderne Kunst und Architektur das Produkt einer "niederen Rasse" war und eine wahre, reine Kunst nur von der "nordischen Rasse" geschaffen werden konnte.



Mies van der Rohe: Weißenhofsiedlung in Stuttgart, 1927.
"Araberdorf". Karikatur zur Weißenhofsiedlung, 1934.



Der Angriff der konservativen Opposition auf die moderne Architektur in den Jahren vor der Machtergreifung war keine sachlich begründete Kritik, sondern wurde zum Teil ausgelöst durch persönliche Ressentiments rhetorisch gewandter Architekten. Ermutigt durch die nationalsozialistische Blut- und Boden-Ideologie instrumentalisieren sie die Architektur für ihr national-konservatives Geschichtsbild. Die Ideologisierung ar-

chitektonischer Formen macht verständlich, warum der Streit um das Flachdach bzw. Satteldach mit solcher Schärfe geführt wurde. Verkannt wurde von den vielen Mitläufern, daß es in diesem Kampf nicht bloß um eine neue Bauordnung ging, sondern um einen kulturideologischen Kampf, in dem jene für Propagandazwecke eingesetzt wurde.

Anzeige der DAF im Magdeburger Adreßbuch von 1940.

»NEUE HEIMAT«

Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft
der Deutschen Arbeitsfront im Gau Sudetenland
G. m. b. H.

REICHENBERG

Bismarckplatz, 9 Fernruf 2886 und 4413

ZWEIGSTELLE: TROPPAU

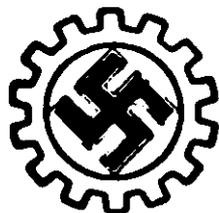
Peter-Rosegger-Gasse 18, Fernruf 1022

ZWEIGSTELLE: KARLSBAD

Adolf-Hitler-Straße 34, Fernruf 3168

ZWEIGSTELLE: AUSSIG a/E

Große Wallstraße 11, Ecke Dr.-Hasner-
Straße, Fernruf 2498



errichtet und betreut Wohnungen,
Kleinsiedlungen und Eigenheime

Die Architektur im Dritten Reich

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde die Architektur einer ähnlichen Gleichschaltung unterworfen wie die bildenden Künste.

Die Wohnbaugesellschaften wurden zum größten Teil einer zentralen Verwaltung unterstellt. Die größte von ihnen, die *Gehag* (Gemeinnützige Heimstätten-Aktiengesellschaft), wurde von der neugegründeten *Deutschen Arbeitsfront* übernommen. Die *DAF* war ein der *NSDAP* angeschlossener Verband. Die verschiedenen Dienststellen der *DAF* strukturierten neben den Aktivitäten der *NSDAP* den Alltag des Volkes, angefangen vom Arbeitsplatz, über die Freizeitgestaltung bis hin zum Wohnungsbau. Im April 1934 wurde das *Heimstättenamt der DAF* gegründet und als parteiamtliche Organisation dem Reichsarbeitsministerium, verantwortlich für den öffentlichen Wohnungsbau, gegenübergestellt. Das Reichsheimstättenamt war neben der Aufstellung von *Reichsbauformen* und *Landschaftsbauformen* auch verantwortlich für die Entwicklung eines für Volkswohnungen angemessenen *Siedlungshausrats*. In den folgenden Jahren kam es zwischen *DAF* und Reichsheimstättenamt auf der einen Seite und dem Reichsarbeitsministerium auf der anderen immer wieder zu heftigen Meinungsverschiedenheiten. Der Streit drehte sich hauptsächlich um die Art der Baufinanzierung. Während das *RAM* die Finanzierung vom Staat auf den privaten Kapitalmarkt übertragen wollte, beharrte die *DAF* darauf, den Wohnungsbau primär öffentlich zu fördern.

Besonderen Einfluß hat die Deutsche Arbeitsfront auch auf dem Gebiet des Bauwesens, da sie neben einer großen Zahl von Wohnungsgesellschaften auch einige bedeutende Bauunternehmen unterhält, die dazu bestimmt sind, auf wirtschaftlichem und technischen Gebiet die Methoden vorzubereiten und entwickeln, die als Werkzeug für den künftigen sozialen Wohnungsbau dienen sollen. Die in diesem Sektor der Deutschen Arbeitsfront unter der Leitung des Heimstättenamtes geleisteten Arbeiten waren neben den allgemeinen sozialpolitischen Planungen die Grundlage für die Berufung des Reichsleiters der Deutschen Arbeitsfront zum Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau. (Die Deutsche Arbeitsfront 1943, 17).

Die verschiedenen Architektenverbände begannen sofort nach der Machtübernahme um die Vormachtstellung zu kämpfen. Schließlich wurden alle Organisationen in der *Reichskulturkammer* zusammengefaßt. Auf diese Weise verloren sie nach und nach an Bedeutung. Im ersten Jahr der Machtübernahme wurde auch die *Reichskammer der bildenden Künste* ins Leben gerufen, der mehrere Fachgruppen zugeordnet waren, darunter die Fachgruppe Baukunst, der nun sämtliche Architekten unterstanden. Auf allen eingereichten Bau-

anträgen war die Mitgliedsnummer des jeweiligen Architekten anzugeben, sofern er Mitglied der Reichskammer war. Dadurch waren viele aus Existenzgründen gezwungen, Mitglied zu werden und somit die Richtlinien und die Ideologie der Regierung, wie das *Führerprinzip* oder die *Arierklausele*, zu akzeptieren. Auf diese Weise waren Kunst und Architektur endgültig Angelegenheit des Staates und wurden politisch gelenkt.

Das Bauprogramm der Nationalsozialisten

Eine Architekturtheorie des Nationalsozialismus hat es nicht gegeben. Die ideologische Ausbeutung von Architektur unter dem Nationalsozialismus hat ihre Wurzeln im 19. Jh., wobei die nationalkonservative Strömung, die in der Weimarer Republik immer deutlicher hervortrat, nun verabsolutiert wurde. Ziel der NS-Architektur war eine einheitliche Architektur auf dem Fundament von Boden, Volk und Masse, die einen überzeitlichen Ewigkeitswert für sich beanspruchte. Dies geht z. B. aus Hitlers Rede anlässlich der Einweihung des *Hauses der Deutschen Kunst* in München hervor:

Wir Nationalsozialisten kennen ... keinen Maßstab von gestern und heute, von modern und unmodern, sondern es gibt nur einen Maßstab von "wertlos" oder "wertvoll" und damit von "ewig" oder "vergänglich". (Miller-Lane 1986, 180).

Je nach Bauaufgabe unterschieden sich die Ausdrucksformen der NS-Architektur. Öffentlichen Repräsentationsbauten war der monumentale Neoklassizismus vorbehalten, während der Siedlungsbau einem Heimatstil folgte und der Industriebau die funktionalistische Tradition der zwanziger Jahre fortführte.

Der persönliche Geschmack Hitlers kam nur in den Monumentalbauten zum Ausdruck, die er selbst in Auftrag gab. Hier kann am ehesten von einem eigenständigen Stil gesprochen werden. Hitler, der sich einst vergeblich um eine Aufnahme in die Wiener Kunstakademie bemüht hatte, behielt sich das Recht vor, Planung und Ausführung vieler Bauprojekte wie Autobahnen und Repräsentationsbauten persönlich zu überwachen, was ihm offenbar Freude machte: *"Wenn Deutschland nicht den Weltkrieg verloren hätte, wäre ich nicht Politiker, sondern ein berühmter Architekt - eine Art Michelangelo"* (Teut 1967, 13). Hitler sah sich als Prophet der Architekten, als Messias der deutschen Baukunst. Für ihn war die Kunst und somit auch die Baukunst *"eine erhabene und zum Fanatismus verpflichtende Mission"*, wie er auf dem Parteitag in Nürnberg 1933 verkündete.

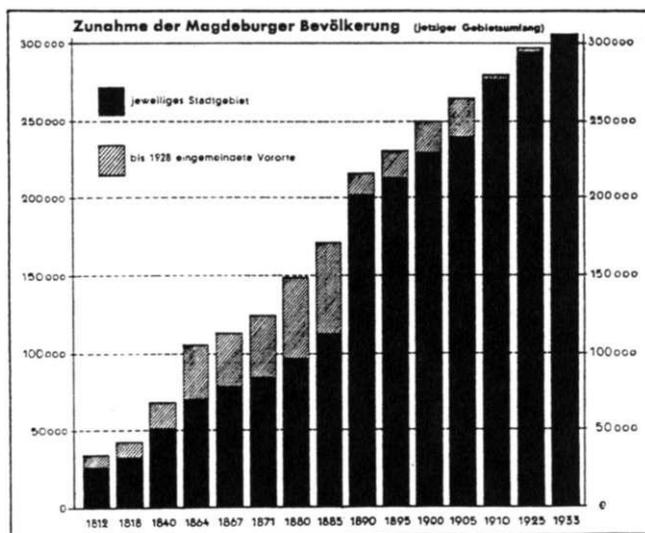
Repräsentationsbauten wie das Haus der Kunst in München von Paul Ludwig Troost und das Reichsparteitags-

gebäude Albert Speers in Nürnberg sollten den Ewigkeitswert der deutschen Architektur beweisen. Klassische Stilelemente wie Säulen und Pfeiler, scheinbar endlos aneinandergereiht, schmale, hochrechteckige Fenster, eine streng geometrische Linienführung, massive Natursteinmauern und Sockelgeschosse aus Granit waren Charakteristika der neoklassizistischen Monumentalarchitektur; sie sollten die Dauerhaftigkeit des 1000-jährigen Reiches im wahrsten Sinne des Wortes untermauern. Die Bauten symbolisierten politische Macht und Unnahbarkeit. Die überdimensionalen Ausmaße schufen nach antikem Vorbild die beabsichtigte Distanz zwischen Volk und Führer.

Die Vielfalt der nationalsozialistischen Bautätigkeit war beachtlich. Überall wurden sie errichtet, die "Worte aus Stein". Mit werbewirksamen Feierlichkeiten wurden die einzelnen Bauabschnitte der wichtigsten Bauprojekte gefeiert, dokumentiert und der breiten Öffentlichkeit vorgeführt.

Zu den wichtigsten Gruppen der unter NS-Herrschaft errichteten Bauten zählen:

- Repräsentationsbauten
- Bauten für Erziehung und Schulung (Ordensburgen)
- Militärische Bauten
- Autobahn- und Brückenbau (mit Raststätten)
- Dörfer und Bauernhöfe
- Wohn- und Siedlungsbauten



Immer das jetzige Stadtgebiet berücksichtigt, betrug die Einwohnerzahl

36 906 im Jahre	1812	172 769 im Jahre	1885
44 132 "	1818	217 474 "	1890
67 846 "	1840	250 382 "	1900
106 689 "	1864	297 151 "	1925
149 446 "	1880	306 894 "	1933

Der Siedlungsbau im Nationalsozialismus

Die Anfänge staatlich unterstützter Wohnbaupolitik

Der Beginn des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland um die Jahrhundertwende beruhte auf der Fortsetzung der Mitte des 19. Jh.s in England und Deutschland fast zeitgleich entstandenen Gartenstadtbewegung. Fortschreitende Industrialisierung und Landflucht hatten zu katastrophalen Lebensbedingungen in überbelegten Stadtwohnungen geführt. Die Errichtung eigenständiger Siedlungen am Stadtrand sollte die Wohnungsnot lindern.

Ein erster Schritt von seiten des Staates lag in der gesetzlich vorgeschriebenen Trennung von Wohn- und Industriebauland. Ab 1910 begann der staatlich geförderte Bau für Werktätige nach dem Prinzip der Gartenstadt. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte aber eine konsequent durchgeführte Wohnbaupolitik, was dazu führte, daß sich nach Kriegsende die allgemeine Wohnsituation drastisch verschlechterte. Die Folge waren Seuchen, hohe Säuglingssterblichkeit und soziale Probleme. Unter dem Druck der Öffentlichkeit sah sich der Staat zu massiven Maßnahmen gegen diese Mißstände gezwungen.

Das preußische Wohnungsgesetz vom 28. März 1918 reorganisierte die Wohnungspolitik. Dem Staat oblag nun nicht mehr nur die Erstellung von Wohnraum, sondern auch die Mitbestimmung bei der Baugestaltung und Verwaltung, mit der in erster Linie die Gemeinden beauftragt wurden. Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften regelten zusammen mit Gemeinden und privaten Trägern die Finanzierung.

Die Weimarer Republik übernahm im wesentlichen das Programm der Wohnungspolitik des Kaiserreichs und ergänzte sie in ihrer Verfassung um einige wesentliche Punkte wie Bodenrecht, Bodenverteilung, Heimstättenwesen und die Bindung des Grundbesitzes an das Wohnungswesen.

Die konkreten Pläne der Republik stellten sich wie folgt dar:

- Dezentralisierung der Städte durch urbane Siedlungen
- Aufgelockerte Bauweise in Kleinhausform mit Nutzgarten
- Berücksichtigung ästhetischer Gesichtspunkte der Architektur (klare Formensprache)
- Sparsame und rationale Bauweise
- Erschwingliche Mieten
- Gesundes Bauen (Licht, Luft, Grünanlagen)

Das Reichsheimstättengesetz von 1920 verpflichtete größere Gemeinden "Bodenvorratswirtschaft" zu betreiben und schob der privaten Bodenspekulation einen

Riegel vor. Das erforderliche Kapital wurde größtenteils durch die 1924 eingeführte Hauszinssteuer gesichert. Durch dieses Programm und die mit ihm geschaffenen finanziellen Voraussetzungen setzte ein bisher ungekannter Boom im sozialen Wohnungsbau ein. Einen entscheidenden Anteil an dieser Bautätigkeit hatten die Ideen und Projekte der Befürworter und Vertreter des Neuen Bauens. Die Bauwirtschaft erlebte einen vorübergehenden Aufschwung, die soziale Zeitbombe war vorerst entschärft.

Für den Wohn- und Siedlungsbau des NS-Staates galten eigene Gesetze. Monumentalität war verpönt. Im Gegensatz zur gigantomanischen Vorzeigearchitektur sollten sich die Häuser und Wohnungen mit ihrem bescheidenen, rustikalen und heimischen Charakter in die gegebene Landschaft harmonisch einfügen und Idylle schaffen.

Es sollte "deutsch" gebaut werden, um den deutschen Arbeiter wieder "an die Scholle" zu binden. Die "sachlich primitive" Bauweise der Moderne sollte abgelöst werden durch eine Architektur, die zur "Seele" des deutschen Volkes paßte: anheimelnd und idyllisch, ein Ort zur Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln, ein Stück Heimat mit Garten. Das Einfamilienhaus mit Stallanbau und Landzugabe, außerhalb der Stadt, galt als Prototyp des deutschen Hauses. Der Garten diente zur Selbstversorgung durch Obst- und Gemüseanbau sowie Kleintierhaltung, - eine Fortführung der schon seit Jahrzehnten bestehenden Wohnungsreformbewegung. Neu war lediglich das propagandistische Vokabular.

Das deutsche Haus sollte sich von den Siedlungshäusern der zwanziger Jahre von Architekten wie Bruno Taut oder Ernst May auffallend unterscheiden. Häuser mit Flachdach galten als "undeutsch", und Geschoßwohnungen wurden zunächst abgelehnt. Passend zur Landschaft sollten regionale Architekturmerkmale auftreten: vom süddeutschen Schwarzwaldhaus bis zum norddeutschen Fachwerkhäuser und vom Satteldach bis zum geschnitzten Balkon verlief die Skala volkstümlicher Merkmale, Fensterkreuze und Fensterläden zählten zum erwünschten rustikalen Erscheinungsbild. Überdies forderten die Baugesetze der Nationalsozialisten eine Rückkehr zu altbewährten Baumaterialien. An die Stelle von Stahl, Beton und Glas sollten wieder Naturstein und Holz treten. Das verhaßte Flachdach, Indiz einer "Nomadenbauweise", mußte verschwinden, an seine Stelle traten Häuser mit Sattel- oder Walmdach in Ziegelbauweise.

In dieser Zeit entstanden Mustersiedlungen, welche die Architekturvorstellung der Nationalsozialisten vor Augen führten. Als Gegenstück und in direkter Nachbarschaft zur Weißenhofsiedlung entstand 1933 unter der Leitung von Paul Schmitthenner die Kochenhofsiedlung in Stuttgart. Holzbauweise, Satteldach und rustikaler Putz zeugten hier von "anständiger" Baugesinnung.

Weitere neuangelegte Siedlungen folgten, darunter die "Gemeinschaftssiedlung" Maschenrode bei Braunschweig, die Siedlung Ramersdorf bei München und die Schottenheimsiedlung bei Regensburg.

Nationalsozialistischer Wohn- und Siedlungsbau

Der Siedlungsbau in der Zeit des Nationalsozialismus wird in drei Zeitabschnitte unterteilt:

Phase I	1933 - 1935/6
Phase II	1936 - 1939/40
Phase III	1940 - 1943

Die zeitliche Gliederung bezieht sich hierbei nicht auf die architektonische Gestaltung als vielmehr auf die wirtschaftliche und sozialpolitische Rolle des Siedlungsbaus während der NS-Zeit.

Phase I ist gekennzeichnet durch die Fortführung des Notstands- oder Erwerblosensiedlungsbaus aus der Zeit der Weimarer Republik.

Die vorstädtische Kleinsiedlung für Arbeitslose und Kurzarbeiter paßte in vielerlei Hinsicht in das politische Konzept der Nationalsozialisten. Dazu zählten die Seßhaftmachung der Bevölkerung (Blut- und Bodentheorie) und die Dezentralisierung der Städte. Die durch den Wohnungsbau bedingte Ankurbelung der Bauwirtschaft wurde als willkommener Nebeneffekt begrüßt. Die wesentlichen Grundzüge der Notverordnungsprogramme zum Siedlungsbau wurden übernommen. Die Selbsthilfe der künftigen Siedler am Bau brachte dem Staat eine finanzielle Entlastung, wenn auch nur in geringem Maße; wichtiger war die auf diesem Weg erreichte Arbeitsbeschaffung. Ebenfalls übernommen wurden die Bauformen (eingeschossiges Einfamilienhaus als Doppel- oder Einzelhaus, freistehend mit ausbaufähigem Dachgeschoß), die Größe der Häuser und des Nutzgartens, die einfache, fast primitive Ausstattung und der Mangel an sanitären Einrichtungen. So wurde auf Kanalschluß immer, auf Wasseranschluß oft verzichtet, und die Versorgung mit elektrischem Strom war nicht immer selbstverständlich.

Mitarbeit der Siedler

... Eigene Arbeitsleistung ist notwendig, damit der Siedler von Anfang an mit seiner Stelle innerlich verbunden wird. Gleichzeitig trägt die Selbsthilfe zur notwendigen Verbilligung der Gestehungskosten bei; auch dient sie zur Erprobung des Arbeitswillens und des Gemeinschaftsgeistes. In Frage kommen in der Hauptsache Wegeherrichtung, Ausschachtungsarbeiten, Herstellung von Baustoffen, Anstreicherarbeiten, Handlangerdienste usw. (s. Literaturverzeichnis)

Nur hinsichtlich der äußeren Form der Häuser gab es eine größere Änderung: das Pultdach wurde vom Satteldach abgelöst. Haustypen, die durch den Charakter eines alten, bäuerlichen Anwesens von der Billigstbauweise ablenkten, wurden bevorzugt.

Der dominierende Haustyp war demnach das Einfamilienhaus mit steilem Dach, einem Stall für die Kleintierzucht und einem ausreichend großen Nutzgarten (ca. 1000 m²) als Nebenerwerbsquelle oder zur Selbstversorgung.

Zu den erklärten Zielen nationalsozialistischer Siedlungspolitik zählte die Dezentralisierung der Städte und eine systematische Besiedlung bevölkerungsarmer Teile des Landes. Für eine gesetzliche Handhabe sorgte das erste vom Staat erlassene Gesetz zum Wohnungsbau, das "Reichsgesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten" vom 22. September 1933, wonach die Landesbehörde bestimmte Gebiete zu Wohnsiedlungsgebieten erklären und auf die Gestaltung der Siedlung Einfluß nehmen konnte. Für ausgewiesene Wohnsiedlungsgebiete mußte ein Wirtschaftsplan erstellt werden, der eine geordnete Nutzung im Sinne der siedlungs- und wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Regierung sicherstellte. Damit war fast jeder Aspekt abgedeckt, der im weiteren und engeren Sinn zum Siedlungsbau zählt; ganz wesentlich war die Möglichkeit zur gezielten Auflockerung der Städte.

Im aufgestellten Wirtschaftsplan mußten ausreichend geeignete Flächen zur Bebauung vorgesehen sein. Die Teilung oder Auflassung eines Grundstücks sowie jede Vereinbarung, durch die einem anderen ein Recht zur Nutzung oder Bebauung eingeräumt wurde, war genehmigungspflichtig.

Weitere aufeinanderfolgende Erlasse ermöglichten den Ländern, immer mehr Einfluß zu nehmen auf die Aufschließung und auf die Art der Bebauung. Die entsprechende Genehmigung wurde vom Landrat des Kreises erteilt, in den Stadtkreisen vom Oberbürgermeister. Die Gemeindeverwaltung zeichnete verantwortlich für die Durchführung des Wohnsiedlungsgesetzes und überwachte die Erfüllung der gestellten Auflagen.

Ein "Aufbauplan" regelte die Bebauungsart (Einzel-, Doppel- oder Reihenhausbauweise), den Umfang der Bebauung (z. B. Grundfläche und Geschoßhöhe), die Baugestaltung (wie Traufhöhe, Dachform, Farbgebung, Vorgartengestaltung u. ä.).

Da dieses Verfahren in vielen Punkten mit den bis dahin gültigen Vorschriften der Baupolizei nicht übereinstimmte, wurde diese dem Bürgermeister (bzw. technischen Stadtrat) als zuständige Instanz für die städtebauliche Tätigkeit der Gemeinde unterstellt.

Somit waren die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, die Förderung der Kleinsiedlung nach den Zielsatzungen der Reichsregierung zu betreiben. Die Förderung seitens des Staates bestand allerdings hauptsächlich

in der Ausweisung von billigem Bauland und der Propagierung der Siedlungsideologie. Aus Gründen weiterer Kostenersparnis und als Hilfe für den meist ungelerten Siedler wurden die Typisierung und die serielle Produktion industriell vorgefertigter Bauteile, gegen die jahrelang polemisiert worden war, stillschweigend fortgeführt. Der Einsatz von maschinell hergestellten Fertigbauteilen sollte im Laufe der nationalsozialistischen Zeit eine immer wichtigere Rolle in der Erstellung von billigem Wohnraum spielen.

Schon bald ging die Reichsregierung schrittweise dazu über, die Förderung der Erwerbslosensiedlungen nach dem Modell der Weimarer Republik einzustellen. Für die Siedlerstellen wurden nun immer öfter erst Kurzarbeiter und später die Stamarbeiter der Industrie berücksichtigt. Mindestens 20 % der Bau- und Bodenkosten mußten vom Siedler aufgebracht werden. Zwischen Juni 1935 und März 1936 sorgten Runderlasse und Verordnungen für die finanzielle Sicherstellung des Siedlungsprogramms, gleichzeitig zog sich der Staat konsequent aus der finanziellen Verantwortung zurück.

"Was das Volk über seinen Bedarf zur Ernährung und zur äußeren Lebenserhaltung hinaus arbeitet, findet seinen besten, wichtigsten und schönsten Niederschlag in dem, was es baut.

Und wie der Führer immer wieder darauf hinweist, daß die Zeugnisse vergangener Zeitalter stets würdige, gewaltige und schöne Bauten sind, die für die Jahrhunderte errichtet wurden, so soll endlich das ganze Volk begreifen, daß sein Bauwesen auch der wirtschaftliche Ausdruck seiner wirtschaftlichen Vermögensbildung ist ...

Was der Staat hierzu zu tun hat, wird er tun ...

Aber "Nirgends so sehr wie im nationalsozialistischen Staat rächt es sich, wenn man auf Staatsinitiative und Staatshilfe wartet ...

Das heiligste Recht, das der Mensch besitzt, ist das Recht auf Erde, sagt der Führer.

Jedem Volksgenossen die Möglichkeit zu verschaffen, daß er aus ehrlicher, wenn auch schlichtester Arbeit seine Heimstätte für eine gesunde und wachsende Familie gründen kann, ist eine heilige Pflicht des nationalsozialistischen Volkes...

Was wir bauen, ist das Spargut des Volkes ...

Der Kapitalismus und der wirtschaftliche Unsinn haben Millionen von Volksgenossen entrechnet, entwurzelt und enteignet. Wir sind gewiß, daß der größte Teil der lebenden Generation es noch mit eigenen Augen sehen wird, wie das Recht auf Arbeit dem deutschen Volke auch das Recht auf Heimat und das Recht auf Eigentum gebracht hat."

(Bernhard Köhler 1938).

Durch steuerliche Vergünstigungen, allgemeine Zinssenkungen und baupolizeiliche Erleichterungen sollte

der private Bauparkt aktiviert werden. Die Hauptfinanzierung der Bautätigkeit wurde den Sparkassen übertragen, Reichsdarlehen sollten nur noch zur Rest- und Spitzenfinanzierung gewährt werden. (Bisher hatten Staatsdarlehen mehr als 80 % der Baukostenfinanzierung ausgemacht, die Tilgungsdauer für einen Kredit betrug über 45 Jahre).

Die Beschaffung der restlichen Bausumme mußte aus dem freien Kapitalmarkt erfolgen (Banken, Sparkassen, Lebens- und Feuerversicherungsgesellschaften), Reichsbürgschaften lösten die Reichsdarlehen ab. Ziel war es, mit dem frei gewordenen Geld den Aufbau der Rüstungsindustrie zu unterstützen.

Baugenossenschaften, gemeinnützige usw.

Bei der Kleinsiedlung können die unmittelbaren Träger des Verfahrens (Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände) die Trägerschaft auf Unternehmen, die Rechtspersönlichkeit besitzen, zuverlässig, leistungsfähig, kreditwürdig und siedlungserfahren sind, übertragen (mittelbare Träger) ...

Bei Volkswohnungen können die Gemeinden als ausschließliche Darlehensnehmer die Reichsdarlehen an gemeinnützige, u. U. auch an nicht gemeinnützige Wohnungsunternehmen weitergeben, falls (die) Bewilligungsbehörde zustimmt...

Als Grundvoraussetzung für das neue Siedlungskonzept galt die Beschaffung von Arbeitsplätzen: Durch die Einführung der Kurzarbeit konnten bei gleichbleibendem Arbeitsplatzangebot zusätzliche Stellen bereitgestellt werden. Um für den Bau einer Siedlerstelle einen Kredit zu bekommen, galt neben dem Nachweis eines geregelten Einkommens die Einhaltung der vorgeschriebenen begrenzten Baukostensumme von 3500 Reichsmark, in Ausnahmefällen bis zu 5000 RM. Die Beschaffung eines Darlehens wurde jedoch gleichzeitig erschwert, indem das verfügbare Kapital durch eine geschickte Lenkung der Investitionstätigkeit in die Kanäle der Groß- und Schwerindustrie geleitet wurde (Emissionssperre der Reichsbank für Anleihen und Pfandbriefe). Die Folge war ein starker Rückgang im Siedlungsbau, so daß der Fehlbedarf an Wohnraum Ende 1935 bei 1,5 Millionen Wohnungen lag.

Der hohe Abbau der Arbeitslosigkeit und die Umstrukturierung der Erwerbslosensiedlung zur Stammarbeitersiedlung stellte die Siedlungspolitik vor neue Aufgaben. Nachdem die Siedlerstellen nur noch qualifizierten Facharbeitern zur Verfügung standen, wurde für ungelernete Arbeiter, Schwerbeschädigte und kinderreiche Familien die *Volkswohnung* geschaffen, eine Mietwohnung, deren Standard noch unter dem der Kleinsiedlungshäuser lag. Entgegen nationalsozialistischen Grundprinzipien wurde der Bau dieser Billigstwohnungen sogar vom Reich gefördert, mit der Begründung:

Ein stures Dogma führt bestimmt zu Unzulänglichkeiten. Man kann weder sagen, daß das Einzelhaus richtig ist, noch wird man die Mietskaserne als Ideal bezeichnen wollen. Der eine will lieber alleine wohnen und hat keinen Sinn für die Bodenbewirtschaftung, der andere liebt mehr eine helle und schöne Mietwohnung und hat keine Lust, nach seinem Tagwerk noch einen Garten zu bestellen.

(Peltz-Dreckmann 1978, 137 f.).

Vorzugsweise sollten Volkswohnungen in Form von Einfamilienhäusern als Doppel- oder Reihenhäuser mit Garten und Zweifamilienhäusern in eineinhalbstöckiger Bauweise errichtet werden. Als empfehlenswert galt der Dreispännertyp, um in besseren Zeiten die Zusammenlegung von drei in zwei Wohnungen zu ermöglichen. Um zu vermeiden, daß diesen Billigstwohnungen der Stempel von Elendsvierteln aufgedrückt wurde, sollten sie nicht in geschlossenen Anlagen errichtet werden, sondern möglichst in Gemeinschaftssiedlungen. Deshalb mag auch die Lindenhof-Siedlung in Magdeburg in nächster Nachbarschaft zur angrenzenden "SA-Siedlung" erbaut worden sein, die Volkswohnungen der "Gagfah-Siedlung" grenzen direkt an ein bestehendes älteres Wohngebiet. Die Herstellungskosten einer Volkswohnung waren auf maximal 3000 RM begrenzt, ausgenommen die Kosten für den Boden und die Geländeaufschließung. Der Staat bezuschulte den Bau mit einem Darlehen von 1000 RM, bei kinderreichen Familien mit weiteren 300 RM. Darlehensempfänger konnten nur Gemeinden und Gemeindeverbände sein. Diese konnten die Darlehen ausschließlich an gemeinnützige Wohnbaugesellschaften weitergeben. Die Miete für eine Volkswohnung sollte ein Fünftel des durchschnittlichen Bruttolohns des Mieters nicht übersteigen.

Miete.

Im Kleinsiedlungsverfahren werden bei Gruppensiedlungen ... die einzelnen Stellen den Inhabern zunächst miet(pacht)weise überlassen. Nach "dreijähriger Probezeit" ... findet die Übertragung der Grundstücke an die Siedler statt, sofern sie die Stellen während dieser Zeit ordnungsmäßig bewirtschaftet und sich auch sonst als Kleinsiedler bewährt haben. Die Miete (Pacht) während der 3jährigen Probezeit entspricht der Belastung der Stelle einschl. des etwa zu zahlenden Pachtzinses für Grund und Boden und eines Betrages von 1 v. H. der Gesamtbau- und Einrichtungskosten. ...

Bei Volkswohnungen und Arbeiterwohnstätten sind gleichfalls Höchstsätze vorgeschrieben, die nicht überschritten werden dürfen ...

Während der Bau von Volkswohnungen vorangetrieben wurde, lief die Förderung der Kleinsiedlung parallel weiter, wenn auch in Bezug auf eine neue Zielgruppe. Durch die Richtlinien vom Arbeitsministerium vom Juli 1935 sollten bei der Vergabe von Siedlerstellen neben den Stammarbeitern "Frontkämpfer und Kämpfer für die nationale Erhebung, Opfer der nationalen Arbeit" und weiterhin kinderreiche Familien berücksichtigt werden. So entwickelte sich die einstige Erwerbslosensiedlung über die Stammarbeitersiedlung zur Kleinsiedlung für "verdiente Parteigenossen" wie Mitglieder der SA und SS.

Phase II der nationalsozialistischen Siedlungstätigkeit beginnt mit der Aufstellung des Vierjahresplans am 29. Oktober 1936. Dieser Wirtschaftsplan diente in erster Linie dazu, die Durchführung des Rüstungsprogramms zu gewährleisten. Durch gezielte, aufeinander abgestimmte Eingriffe in verschiedene Industriezweige sollte die Abhängigkeit der deutschen Rüstungsindustrie von importierten Rohstoffen, insbesondere von Stahl und Eisen, auf ein Minimum reduziert werden. Durch staatliche Lenkung und Kontrolle und durch Subventionen wurde die Produktion der Schwer- und Metallindustrie gesteigert.

Der Vierjahresplan blieb für den Wohn- und Siedlungsbau nicht ohne Folgen. Der prozentuale Anteil des gesamten Investitionsvolumens am Wohnungsbau nahm immer mehr ab, dennoch wurde der Bau von Arbeiterwohnungen wieder stärker von der öffentlichen Hand gefördert. 1937 wurden zwar mehr Neuwohnungen errichtet als in den Jahren zuvor, trotzdem konnte der tatsächliche Bedarf an Wohnraum bei gleichzeitigem Bevölkerungsanstieg nicht annähernd gedeckt werden.

Der Vierjahresplan räumte dem Bau von Arbeiterwohnstätten Priorität ein.

Als Staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufgaben sind vor allem die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, die Sicherung der Ernährung, der Aufbau der heimischen Rohstoffwirtschaft, die Förderung der Ausfuhr sowie die Schaffung gesunden Wohnraums für die arbeitende Bevölkerung anzusehen. (Fischer-Dieskau 1938, 582).

Die "Schaffung gesunden Wohnraums" wurde allerdings per Anordnung weiter erschwert: alle Bauvorhaben, die mehr als 2 Tonnen Eisen erforderten, mußten beim zuständigen Arbeitsamt angezeigt werden. Die Baugenehmigung wurde von der Baupolizei nur dann erteilt, wenn das Arbeitsamt dem Verbrauch der beantragten Menge zustimmte. Ebenfalls anzeige- und genehmigungspflichtig war der Einsatz von Arbeitskräften, wenn sie eine bestimmte Zahl überschritten.

Entsprechend einer Dringlichkeitsliste verteilte das Arbeitsamt die zum Erhalt der Baugenehmigung erforderliche "Unbedenklichkeitsbescheinigung".

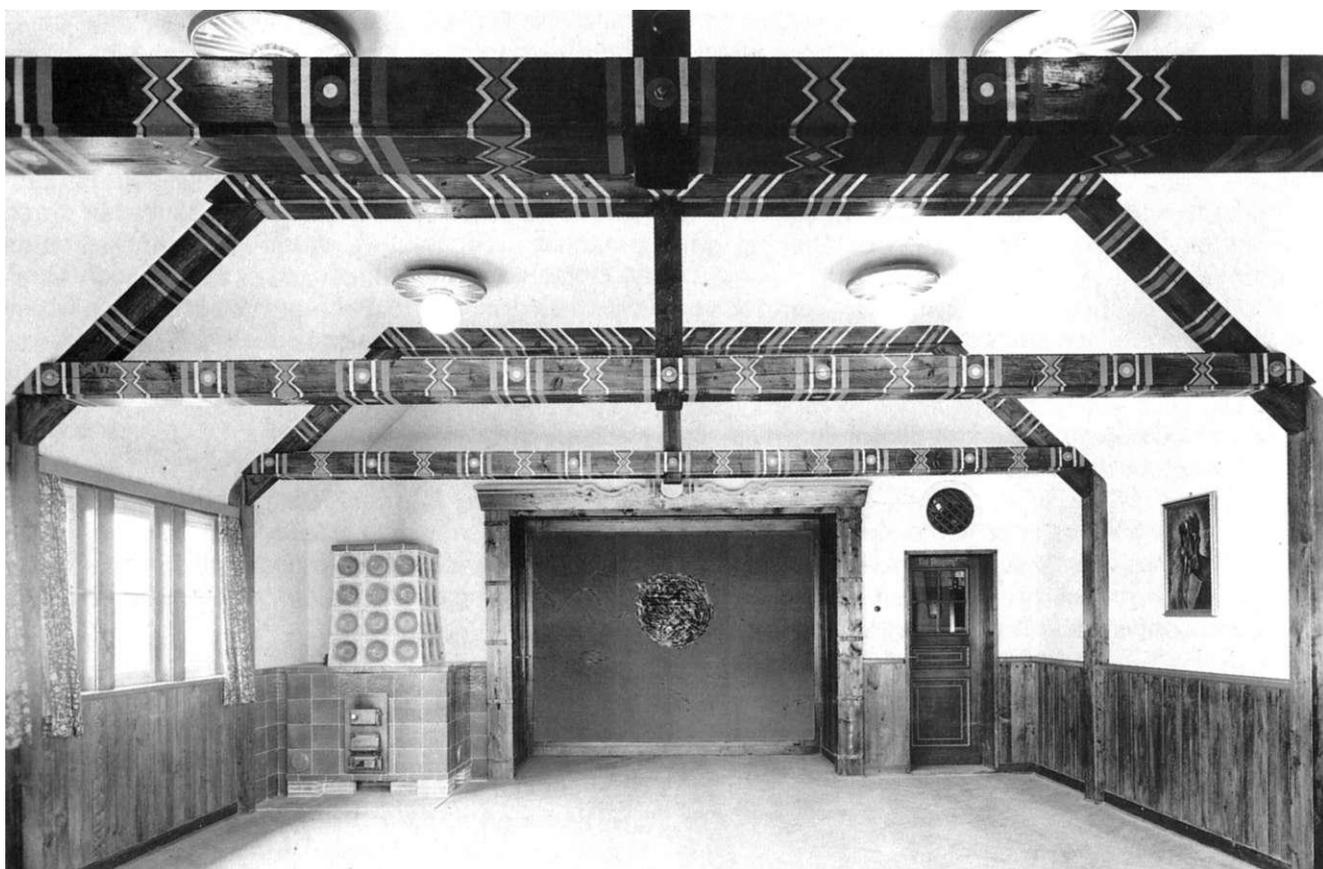
Öffentliche Mittel, Reichsbürgschaften und weitere Vergünstigungen, wie die Vergabe von billigem Bauland, wurden weiterhin zum Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt, eine Maßnahme um einerseits bei den Arbeitern keinen Unmut aufkommen zu lassen, andererseits erforderte die aus Sicherheitsgründen angestrebte Verlagerung der Industrie in dünn besiedelte Landstriche Wohnraum für die Belegschaft.

Mit der Erstellung von Einfamiliensiedlungshäusern für Stammarbeiter, "verdienstvolle Volksgenossen" (SA-Angehörige) und andere "Auserwählte", welche parallel zum Bau der Volkswohnungen weiter vorangetrieben wurde, war die Deutsche Arbeitsfront beauftragt. Im Rahmen des Vierjahresplans waren landesweit ca. 50 000 neue Arbeiterwohnungen vorgesehen. Die Planung übernahm das *Architektenbüro der Deutschen Arbeitsfront*. Für die Durchführung des Bauvorhabens wurden die kommunalen Heimstättenämter eingesetzt, sie waren demnach nur ausführendes Organ und nicht als Bauherren zu verstehen. Die Oberaufsicht und die Entscheidung über architektonische Fragen hatte Albert Speer.

Auswahl der Kleinsiedler.

Da für den Siedlungserfolg die Eigenschaften der Siedlerfamilie von entscheidender Bedeutung sind, ist bei der Siedlerauswahl besondere Aufmerksamkeit aufzuwenden. Die Siedlerfamilien, namentlich die Siedlerfrauen, müssen sich zum Siedeln eignen, Gemeinschaftsgeist haben, lebensstüchtig, sparsam und strebsam sein. Sie dürfen keine nennenswerten Schulden haben. Mit dieser Einschränkung können grundsätzlich alle ehrbaren minderbemittelten Volksgenossen, vornehmlich gewerbliche Arbeiter und Angestellte, die ebenso wie ihre Ehefrauen deutsche Reichsangehörige, deutschen oder artverwandten Blutes, politisch zuverlässig und erbgesund sind, als Siedlungsanwärter zugelassen werden. Kinderreiche, Frontkämpfer, Schwerkriegsbeschädigte, Kämpfer für die nationale Erhebung, Opfer der nationalen Arbeit und Stammarbeiter werden bevorzugt... Die Gemeindebehörde ... holt die erforderlichen Auskünfte von den zu beteiligenden Dienststellen ... ein und erledigt das Vorprüfungsverfahren auf schnelle unbürokratische Weise. Erscheint der Bewerber förderungswürdig, unterbreitet die Gemeindebehörde die Bewerbung einem örtlichen Prüfungsausschuß ... zur Entscheidung. Dieser überprüft ... , ob der Bewerber und seine Familie in politischer, charakterlicher, gesundheitlicher und siedlerischer Hinsicht geeignet ist oder nicht...

Während einerseits der Siedlungsbau und vor allem der Siedlungsgedanke weiter propagiert wurden und Arbeiterwohnungen an der Spitze der Dringlichkeitsliste stan-



Magdeburg, Danziger Dorf 1940. Saal des Gemeinschaftshauses.
(Foto: StAM)

den, wurde andererseits die Baudurchführung durch ständig neu erlassene Verordnungen weiter erschwert. So wirkte sich die Priorität, die dem Bau von Autobahnen, von Repräsentationsbauten von Staat und Partei und nicht zuletzt dem Westwall eingeräumt wurde, immer hinderlicher auf den Wohnungsbau aus, insbesondere wenn es sich nicht um Arbeiterwohnungen der "Vierjahresplan-Betriebe" handelte.

1938 konnte nicht einmal der Zuwachs an Wohnungsbedarf in diesem Jahr gedeckt werden. Es fehlten immer noch 1,5 Millionen Wohnungen.

In der zweiten Phase nationalsozialistischen Siedlungsbaus verstärkt sich die Tendenz zur Volkswohnung (Mietwohnung). Die Kleinsiedlung verliert gegenüber der Geschloßwohnung immer mehr an Bedeutung. Grund dafür ist der Widerspruch zwischen propagierter Siedlungsideologie und realer Praxis. Durch die forcierte Aufrüstungspolitik kommt es sehr bald schon zum Arbeitskräftemangel. Längere Arbeitszeiten und Urlaubssperren lassen dem Arbeiter kaum noch die Möglichkeit zur Selbsthilfe am Bau der Siedlerstelle und zur Bewirtschaftung des Nutzgartens. Auch die durch die expandierende Industrie erforderliche Mobilität der Arbeitskräfte verträgt sich nicht mit dem "Siedlergedanken".

Um den nationalsozialistischen Prinzipien von "Gemeinschaft" und "Heimatverbundenheit" treu zu bleiben und um das Bekenntnis zur Kleinsiedlung aufrechtzuerhalten, wurden die Volkswohnungen in zwei- bis dreigeschossiger Bauweise in aufgelockerter Form (auch aus Gründen des Luftschutzes) nach dem Prinzip der Gartenstadt angelegt. Gebogene Straßenführungen, ein durchgängiges Netz von Fußwegen innerhalb der Anlage, Grün- und Gartenflächen sollten weiterhin einen dörflichen Charakter vermitteln. Den Mittelpunkt der Wohnanlage bildete in den meisten Fällen das Gemeinschaftshaus der NSDAP auf einem dem Dorfanger nachempfundenen Platz. Weder die Lindenhof-Siedlung noch die "Gagfah-Siedlung" haben ein solches Gemeinschaftshaus, das Foto zeigt das Gemeinschaftshaus der Siedlung "Danziger Dorf".

Die durchschnittliche Größe der Wohnungen betrug nur maximal 50 m², so daß sich die Frage stellt, wie sich die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien, für die solche Wohnungen gedacht waren, mit den Parolen der NS-Propaganda von "gesunden und anständigen Wohnungen" zur "Befriedigung des Wohnbedarfs unter voller Wahrung der rassistischen und volksgesundheitlichen Belange des deutschen Volkes" vertrugen. (Bernhard Köhler 1938, 3).

Während sich der Vierjahresplan nur am Rand mit dem Wohnungsbau befaßte, sorgten gesetzgeberische Maßnahmen in der Zeit zwischen 1936 und 1939/40 weiterhin gezielt für eine immer stärkere staatliche Lenkung der Siedlungs- und Bautätigkeit. So legten Verordnungen u. a. zulässige Geschoßhöhen fest, regelten strikter als vordem die Ausweisung von Wohngebieten und bestimmten Mindestgröße und Preisstaffelung der Grundstücke.

Die "Verordnung über die Baugestaltung" vom 10. November 1936 sicherte eine "anständige Baugesinnung und werkgerechte Durchbildung". Damit hatte der nationalsozialistische Staat jetzt nicht nur die Lenkung der städtebaulichen Gestaltung gesichert, sondern auch die nahezu absolute Kontrolle über die architektonische Formgebung.

Wie der einzelne Mensch über die Familie in die Betriebs-, Siedlungs- und Volksgemeinschaft eingeordnet wird, so soll sich auch das Gebäude fest in den Gesamtzusammenhang von Straßenzug, Wohngebiet, Ortsteil, Stadt, Kreis, Gau und Reich einfügen und zwar an dem durch seine äußeren Merkmale für ihn bestimmten, unverwechselbaren Platz... (Peltz-Dreckmann 1978, 181).

Baukosten

bei der Kleinsiedlung: die Gesamtkosten für Aufbau und Einrichtung einer Kleinsiedlerstelle dürfen den Betrag von äußerstenfalls 7000 RM nicht überschreiten ...

Bei Volkswohnungen: Die Höchstgrenze der Herstellungskosten einer Wohnung (außer Grundstücks- und Erschließungskosten) beträgt 4500 RM ...

Die Zentralisierung der Bauwirtschaft gipfelte in der Errichtung des *Architektenbüros der Deutschen Arbeiterfront* im Jahr 1937. Konnten bislang auch freie Architekten die Planung von Bauvorhaben des Reichsheimstättenamtes ausführen, so fiel diese aufgrund der neuen Regelung allein in den Zuständigkeitsbereich der DAF, welche ab 1936 im Rahmen des Vierjahresplans die gesamte Siedlungsplanung beaufsichtigte.

Die Nationalsozialisten hatten sich zu Beginn ihrer Herrschaft aus praktischen und kostenorientierten Gründen eine "Erfindung" des Neuen Bauens zunutze gemacht: die Typisierung und Normierung des Wohnungsbaus. Um Baukosten und Arbeitseinsatz weiterhin so gering wie möglich zu halten, kam der Typisierung von Grundrissen und der Normierung von Fertigbauteilen jetzt eine noch größere Bedeutung bei. Der Gebrauch von genormten, industriell vorgefertigten Teilen wurde mit zum wichtigsten Bestandteil der Bauvorschriften. Die Ideale der völkischen Architekten von einer handwerklichen Bauweise hatten in der Praxis den Kürzeren gezogen.

Am 15. November 1939 erläßt Hitler das "Verbot aller nichtkriegswichtigen Neubauten". Nur Gebäude, die im Rohbau bereits fertiggestellt waren, durften weitergebaut werden. Arbeitskräftemangel und Baustoffkontingentierung hatten bereits zuvor das Bauen verzögert und erschwert. Der Erlaß bedeutete für viele Bauprojekte das Ende. Ausgenommen vom Bauverbot waren zunächst noch Bauten, deren Herstellungskosten 5000 RM nicht überschritten, dazu zählten auch Arbeiterwohnungen. Am 16. Februar 1940 schließlich wurde das generelle Neubauverbot erlassen.

Neubauverbot

Der letzte Abschnitt in der Siedlungsbaugeschichte des Nationalsozialismus, die Phase III ist gekennzeichnet durch den Bau von Notunterkünften auf der einen Seite und der Planung des "sozialen Wohnungsbaus" für die Zeit nach dem Krieg.

Nach den ersten Kriegsjahren stand der finanzielle Aspekt des Bauens - dort, wo er noch genehmigt wurde - immer mehr im Vordergrund, so daß notgedrungen zur einst so heftig abgelehnten Serienherstellung von Wohnraum übergegangen werden mußte. Der Standort spielte kaum noch eine Rolle, ebensowenig eine "blut- und bodengebundene" Architektur.

Was dem Volk an Wohnqualität und "gesunder Umgebung" versprochen worden war, konnte nicht einmal ansatzweise mehr gehalten werden. So blieb nur noch die Hoffnung auf den "Endsieg" und die Realisierung des "Führererlasses":

"Das Grundgesetz des sozialen Wohnungsbaues: der Erlaß des Führers vom 15. November 1940" (Auszug)

Der erfolgreiche Ausgang dieses Krieges wird das Deutsche Reich vor Aufgaben stellen, die es nur durch eine Steigerung seiner Bevölkerungszahl zu erfüllen vermag. Es ist daher notwendig, daß durch Geburtenzuwachs die Lücken geschlossen werden, die der Krieg dem Volkskörper geschlagen hat.

Deshalb muß der neue deutsche Wohnungsbau in der Zukunft den Voraussetzungen für ein gesundes Leben kinderreicher Familien entsprechen.

Um die sofortige Inangriffnahme eines diesen Grundsätzen entsprechenden Wohnungsbauprogrammes nach dem Krieg zu gewährleisten, sind schon jetzt vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Ich ordne daher an:

I. Die Erfüllung der von mir gestellten Forderungen ist Aufgabe des Reiches. Zu ihrer Durchführung bestelle ich einen Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau, der mir unmittelbar untersteht.



Notwohnungen am Vogelgesang, Magdeburg. Aufnahme vom 9. Juni 1949. (Foto: StAM)

II. Wohnungsbauprogramm

Der Wohnungsbau wird nach einem von Jahr zu Jahr festzustellenden Wohnungsbauprogramm durchgeführt. Die Zahl der in den einzelnen Jahren insgesamt zu bauenden Wohnungen wird von mir festgesetzt... Für das erste Nachkriegsjahr ist der Neubau von insgesamt 300 000 Wohnungen vorzubereiten und durchzuführen.

III. Durchführung des Bauprogramms

Bei der Finanzierung sind, soweit möglich, die Einrichtungen der Wirtschaft heranzuziehen ... Die Einweisung der Mieter erfolgt durch die Gemeinden mit Zustimmung der Partei nach Grundsätzen, über die besondere Richtlinien erlassen werden.

IV. Miethöhe

Die Lasten und Mieten des neuen deutschen Wohnungsbaues sind so zu gestalten, daß sie in einem gesunden Verhältnis zu dem Einkommen der Volksgenossen stehen, für die die Wohnungen bestimmt sind. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Förderung des Wohnungsbaues aus Mitteln des Reiches soweit auszudehnen, daß tragbare Mieten und Lasten erreicht werden.

VII. Planung

a) Formen des Wohnungsbaues

Der neue deutsche Wohnungsbau nach dem Kriege erfolgt in der Form der Geschoßwohnung, des Eigenheims (mit Gartenzulage) und der Kleinsiedlung (mit Wirtschaftsteil und Landzulage). Die Anwendung der einzelnen Form bestimmt sich nach der Lage des Bauortes.

b) Gliederung der Wohnung

Bei der Planung von Wohnungsbauten in den ersten fünf Jahren nach dem Krieg ist von folgender Raummgliederung auszugehen:

- aa) 80 Prozent der neuen Wohnungen erhalten eine geräumige Wohnküche und drei Schlafzimmer, außerdem einen Duschaum mit getrenntem Abort. Wohnungen in zwei- und mehrgeschossigen Bauten erhalten tunlichst einen Balkon.
- bb) 10 Prozent der neuen Wohnungen sollen einen Raum mehr und 10 Prozent einen Raum weniger erhalten.
- cc) Außerdem soll in allen Fällen ein Speise- und Abstellraum vorgesehen werden.

- c) *Größe der Räume. Die Räume bzw. die Wohnungen sollen folgende Mindestmaße nicht unterschreiten:*
- aa) *3-Zimmer-Wohnung einschließlich Wohnküche: 62 qm*
- bb) *4-Zimmer-Wohnung einschließlich Wohnküche: 74 qm*
- cc) *5-Zimmer-Wohnung einschließlich Wohnküche: 86 qm*
- d) *Berücksichtigung der Luftkriegserfahrungen*

Die aus dem Luftkrieg gewonnenen Erfahrungen sind bei der Standortwahl der Wohnstätten, bei der Bebauungsdichte, bei der Konstruktion des Hauses und bei der Anlage von Luftschutzräumen zu berücksichtigen. Soweit hiernach der Bebauungsplan Luftschutzräume vorsieht, sind sie bombensicher zu errichten und so zu bemessen, daß alle Hausbewohner darin Schlafgelegenheit finden.

VIII. Normung und Rationalisierung

Eine Verbilligung der Herstellungskosten der Wohnung muß mit allen Mitteln erreicht werden, ohne daß dadurch die architektonische Gestaltung beeinträchtigt wird.

Es sind daher für die Wohnungsgrößen Grundrisse zu entwickeln und vorläufig für die Dauer von fünf Jahren für verbindlich zu erklären. Darüber hinaus sind die Geschoßhöhen, die Wandstärken und die Konstruktion der Dächer, Decken und Treppenhäuser einheitlich festzulegen.

Die eingebauten Teile der Versorgungsteile sowie die Fenster und Türen sind weitgehend zu normen. Die Arbeiten an der Baustelle sind zu mechanisieren mit dem Ziel, die Handarbeit so weit wie möglich auszuschalten. Es sind Methoden zu suchen und in größeren Versuchen praktisch zu entwickeln, die in absehbarer Zeit zu einer wesentlichen Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeiten am Bau führen. (Teut 1967, 83).

Aufgrund dieses Erlasses setzte in den ersten Kriegsjahren eine überaus rege Planungsaktivität ein. Unzählige Erlasse, Verordnungen und Veröffentlichungen beschäftigten sich mit der Vorbereitung des künftigen sozialen Wohnungsbaus im "Altreich" und den Ostgebieten. Bis ins letzte Detail hatte ein geradezu militärisch durchorganisierter Apparat, angeführt von Reichsiedlungskommissar Robert Ley und kurz darauf auch von Albert Speer, die äußere wie innere Gestaltung des zukünftigen Wohnraumes deutscher "Volksgenossen" geplant. Die "totale Planung und Gestaltung" des "neuen deutschen Lebensraumes" galt als Voraussetzung zur "Sicherung und Erhaltung der deutschen Familie". Der Eingriff in die Freiheit des persönlichen Geschmacks

und der individuellen Entfaltung ging so weit, daß selbst der deutsche Hausrat nach einheitlichen Richtlinien den nationalsozialistischen Geist widerspiegeln sollte.

Anhand genormter, serienmäßig hergestellter Bauteile und durch die Typisierung der Grundrisse sollte der Massenwohnungsbau nach dem Krieg kostengünstig und mit enormer Geschwindigkeit vorangetrieben werden. Was den Wohnbau zwischen den Jahren 1939 bis Kriegsende betraf, so war die Bauwirtschaft zunächst durch den Baustop fast lahmgelegt. Ausgenommen von der Verordnung waren bereits begonnene Projekte, sofern sie nicht von besonderer Bedeutung für die Kriegswirtschaft waren (z. B. Wohnraum für Mitarbeiter der Rüstungsindustrie).

Doch die Kriegsfolgen bedingten mehr denn je die Rationierung von Baumaterial, Arbeitskräften und Transportmitteln, so daß die Fertigstellung von Wohnungen immer mehr hinausgezögert werden mußte, bis sie schließlich Anfang 1943, als der erhoffte "Endsieg" noch lange nicht in Sicht war, ganz aufgegeben wurde. Da inzwischen alle verfügbaren Zivilisten, Männer und Frauen, zum Kriegsdienst herangezogen worden waren, stellte der Staat auf Anordnung Hitlers alle Vorbereitungsaufgaben und Planungen für den späteren Wohnungsbau ein.

Neue und letzte Aufgabe des Staates war es, Unterkünfte für die "luftgeschädigten" Familien zu schaffen, da die "völkerrechtswidrigen Terrorangriffe der feindlichen Luftwaffe ... gegen die wehrlose Zivilbevölkerung ... die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum" erforderten. (Harlander u. a. 1986, 75). Vorausschauend waren auch hierfür bereits Vorbereitungen getroffen worden. Die Aufstellung der Notunterkünfte nach dem "Reichseinheitstyp" stellt die letzte und primitivste Phase nationalsozialistischer Wohnbauformen dar.

Diese äußerst bescheiden ausgestatteten "Wohnlauben" hatten kaum mehr als 20 m², mit denen sich bis zu sechsköpfige Familien begnügen mußten. Zur Fertigung und Montage der industriell gefertigten Teile wurden nicht nur Kinder, sondern in verstärktem Maße Zwangsarbeiter und Insassen von Konzentrationslagern verpflichtet. Der Anteil der Behelfsbaracken am Gesamtvolumen der im Dritten Reich entstandenen Wohnungen ist nicht unerheblich, da solche Unterkünfte ihre Verwendung auch auf anderen Gebieten wie Großbaustellen, beim Militär und nicht zuletzt in Konzentrationslagern fanden.

"Die im Volksmund noch heute "Ley-Buden" genannten Behelfsheime haben in ausgedehnten Siedlungen teilweise bis zur Gegenwart überdauert ... - als unerkannte Monumente der Gewalttätigkeit des Nationalsozialismus." (Harlander u. a. 1986, 77).

II. MAGDEBURGER WOHN- UND SIEDLUNGSBAU AUS DER ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS

Als die Nationalsozialisten 1933 die politische Führung übernahmen, hatte Magdeburg gerade ein großes Kapitel Wohnbaugeschichte geschrieben. Geprägt durch ihre sozialdemokratische Regierung und geprägt von den innovativen Ideen hervorragender Stadtplaner und Architekten wie Bruno Taut und Johannes Göderitz zählte die Stadt zu den Vorreitern auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus, sowohl in gestalterischer wie auch städtebaulicher Hinsicht. Damals gab es allerdings auch in Magdeburg Gegenstimmen aus dem konservativen Lager. Das belegt der folgende Auszug aus der zeitgenössischen Presse:

Wohnungselend trotz Plumbohm-Siedlungen. Marxistische "Wohnkultur" in Theorie und Praxis.

In ihrer Nr. 253 beschäftigt sich die Volksstimme mit ihrem Lieblingsthema, dem "gemeinnützigen Wohnungsbau". An Hand einer Gegenüberstellung wird versucht darzustellen, wieviel schöner und zweckmäßiger man jetzt infolge der herrlichen Zeiten, denen uns der Marxismus entgegengeführt hat, wohne, als früher. Bezeichnend ist, wie man es in dieser Gegenüberstellung mit Hilfe journalistischer Taschenspielerkunststücke fertig bringt, dem nicht überlegenden Leser, die Verdienste der Magdeburger Bonzokratie, repräsentiert durch den Allgewaltigen des marxistischen Bauwesens, "Stadtrat" Plumbohm, darzutun. Übrigens ist es mit dem "Stadtrat" bei der Wahl geblieben, mit der Anstellung ist es nichts geworden, als dieser Herr die Flucht aus der nicht mehr recht gewinnbringenden Wohnungswirtschaft versuchte!

In dem Artikel der Volksstimme soll der Anschein erweckt werden ... als ob heute der durch die marxistischen Kasernenbauten beglückte Staatsbürger in vollendet schönen, hygienisch einwandfreien Wohnungen wohne, während er früher, unter der "verrotteten Herrschaft des Kaisertums" in finsternen und ungesunden Spelunken hausen mußte.

Wie aber liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Die Spelunken der Vorkriegszeit im Knattergebirge ... und ähnlichen Straßen sind noch genauso wie früher. Sie sind durch die Zeit und die Ausbeutung der marxistischen Zwangswohnungswirtschaft, die dem Hausbesitzer die Möglichkeit der Ausführung von Reparaturen durch die Hauszinssteuer wegnahm, heute noch viel verfallener als vor dem Kriege ... Richtig ist, daß der Marxismus unter "Stadtrat" Plumbohm ganze Straßenzüge, mehr oder minder vom Stadtinneren entfernt, hat entstehen lassen, die sich durch den bekannten gleichartigen Stil als "neue Sachlichkeit im Kasernenbau" auszeichnen, und, wie jeder Kenner weiß, unverhältnismäßig teuer und unter Verwendung plundrigster

Materialien hergestellt sind. Man sehe sich nur die aus billigsten, dünnsten und schmälsten Tannenholzbrettern hergestellten Dielen an! Man kann sich beim Betrachten solcher Anlagen nicht ganz der Ansicht verschließen, als hätte der selige Potemkin in zahlreichen Fällen hier Pate gestanden.

Daß z. B. ein nicht besonders starker Sturm in der Beims-Siedlung, Wilhelmsstadt, ganze Dachreihen dieser Gebäude abdeckte, ließ ebenso auf die Unzweckmäßigkeit des Flachdachbaues, wovon sich inzwischen selbst eine jüdisch-marxistische Kommunalverwaltung, wie die von Frankfurt am Main, überzeugt hat, wie auf die Minderwertigkeit der Bauherstellung schließen.

Zurückkommend auf das Wohnen in Magdeburg aber sei folgendes festgestellt:

Man wohnt in Magdeburg in den Wohnungen mit einer Friedensmiete von 120 bis 150 RM heute genauso schlecht, wie vor dem Kriege. Der Marxismus hat unzweifelhaft nichts getan, um das Wohnungselend zu vermindern, er hat es eher verstärkt. Daneben hat er weit außerhalb der Stadt teure, für die Arbeitnehmerschaft überwiegend nicht in Frage kommende Bauten mit ungeheueren Kosten errichtet, in die in der Hauptsache Beamte, vor allem städtische, und Zugehörige des Mittelstandes ziehen Wirkliche Arbeiter können dank der Herunterdrückung ihrer Lebenshaltung diese Wohnungen überhaupt nicht mieten, sondern müssen die Altwohnungen, wie sie sind, nehmen.

Es ist also eine außerordentlich frivole Zwecklüge zu behaupten, daß man früher in ungesunden Löchern, jetzt aber in sauberen Neubauten wohne ...

Ihren prahlerischen Artikel über das Wohnungsbauwesen aber sollte sich die "Volksstimme" schenken, denn jedem vernünftig denkenden Magdeburger wird sie nichts vormachen können.

Die Forderung der Stunde kann deshalb nur sein:

Fort mit der marxistischen Wirtschaft! Bereinigung der Elendsquartiere der Altstadt unter einer nationalsozialistischen verantwortungsbewußten Stadtverwaltung.

(Neues Magdeburger Tageblatt, 6. November 1932).

Bedingt durch die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit entstanden in Magdeburg während der letzten Jahre der Weimarer Republik eine große Anzahl von Erwerbslosensiedlungen, die durch ihre äußerst sparsame Bauweise und den geringen Wohnkomfort im krassen Gegensatz zu den Zeugnissen der vorangegangenen Moderne standen.

Die geographisch günstige Lage Magdeburgs in militärstrategischer wie verkehrstechnischer Hinsicht veranlaßte das nationalsozialistische Regime, die Stadt als Industriestandort weiter auszubauen. Durch den Bau des Schiffshebewerks in Rothensee, den Neubau der Strombrücke und die Fertigstellung der Autobahn

("Reichskraftwagenstraße") Berlin - Hannover wurde Magdeburg zum Verkehrsknotenpunkt des Raumes "Mittelelbe". Die Sanierung der Mittel- und Kleinbetriebe und der Ausbau der Schwer- und Rüstungsindustrie führten zum Abbau der hohen Arbeitslosenzahl, was einen Zuzug von Arbeitskräften zur Folge hatte. Für die allgemein herrschende Wohnungsnot allerdings bedeutete dies eine weitere Verschärfung der Situation.

Vor diesem Hintergrund setzte in Magdeburg ab ungefähr 1939, als die Regierung ihr Augenmerk auf den Aufbau der Rüstungsindustrie gerichtet hatte, eine Phase verstärkten Wohnbaus ein.

Eine für die Zeit zwischen 1933 bis 1937 durchgeführte Untersuchung des Deutschen Vereins für Wohnungsreform ergab, daß in Magdeburg der prozentuale Anteil der Neubauwohnungen am Wohnungsbestand und am Wohnungsbedarf während der untersuchten Zeitspanne immer etwas unter dem Reichsdurchschnitt lag. Die Wohnungsnot konnte trotz der verstärkten Wohnbautätigkeit nicht behoben werden. Über dem Reichs-

durchschnitt lag Magdeburg während des untersuchten Zeitraums allerdings mit dem Bau von öffentlich geförderten Kleinsiedlungen und Volkswohnungen. (Wohnungsbau in Reich und Ländern 1939, 47).

Die Kleinsiedlung

Das Schwergewicht der Kleinsiedlung liegt auf der gartenwirtschaftlichen Bearbeitung des Nutzlandes und der Kleintierzucht, weniger im Wohnbereich. Die durchschnittliche Größe der ländlichen Kleinsiedlerstelle liegt bei 1000 Quadratmetern. Die Bebauung der Kleinsiedlung ergibt sich allein schon durch die Größe der einzelnen Parzellen. Diese zwingt zu einer offenen Bauweise, weil sowohl die Grundstücks- als auch Hausgrößen vorgeschrieben waren. Vorherrschende Gebäudetypen sind gleichförmige Siedlungseinzel- oder Doppelhäuser. Sofern es die Geländeform zuläßt, dominiert die Ost-Westrichtung der Parzellen. Ein meist rasterförmiges Straßennetz unterteilt die Kleinsiedlung in mehrere Blöcke. Dadurch, daß die Häuser, durch Vorgärten

Autobahn Berlin - Hannover. Strecke zwischen Hohenwarthe und Möser. Bauzustand August 1936.



Aus dem Magdeburger Adreßbuch von 1940.



Magdeburger Flughafen.



getrennt, an der Straßenseite aufgereiht sind, ergeben die dahinterliegenden Nutzgärten das Blockinnere, wodurch einerseits der Kontakt zwischen den Nachbarn gefördert werden sollte und andererseits die Gartenflächen optimale Sonneneinstrahlung bekommen. Während nachbarschaftliche Beziehungen bei den Doppelhäusern durch die nebeneinanderliegenden Hauseingänge erleichtert wurden, sollten sie sich bei Bewohnern der Einzelstellen durch Doppelställe auf der gemeinsamen Grundstücksgrenze ergeben. Die Kleinsiedlung war nicht an die Kanalisation angeschlossen. Neben der daraus folgenden Kostenersparnis wurde der landwirtschaftliche Nutzen der anfallenden Abwässer propagiert.

Kleinsiedlung,

früher vorstädtische Kleinsiedlung, auch Heimstättensiedlung genannt, ist die beste Siedlungsform für die werktätige Bevölkerung. Die Durchführung der Kleinsiedlung im größtmöglichen Umfang ist Staats- und bevölkerungspolitisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch so wichtig und vordringlich, daß sie an erster Stelle mit allen Kräften gefördert werden muß. Die Kleinsiedlung ist nicht als Maßnahme des Kleinwohnungs- und Eigenheimbaues, sondern als ausgesprochene Siedlungs- und Wirtschaftsmaßnahme aufzufassen und zu verwirklichen ...

Leipziger Straße zwischen Reform und Hopfengarten um 1940.

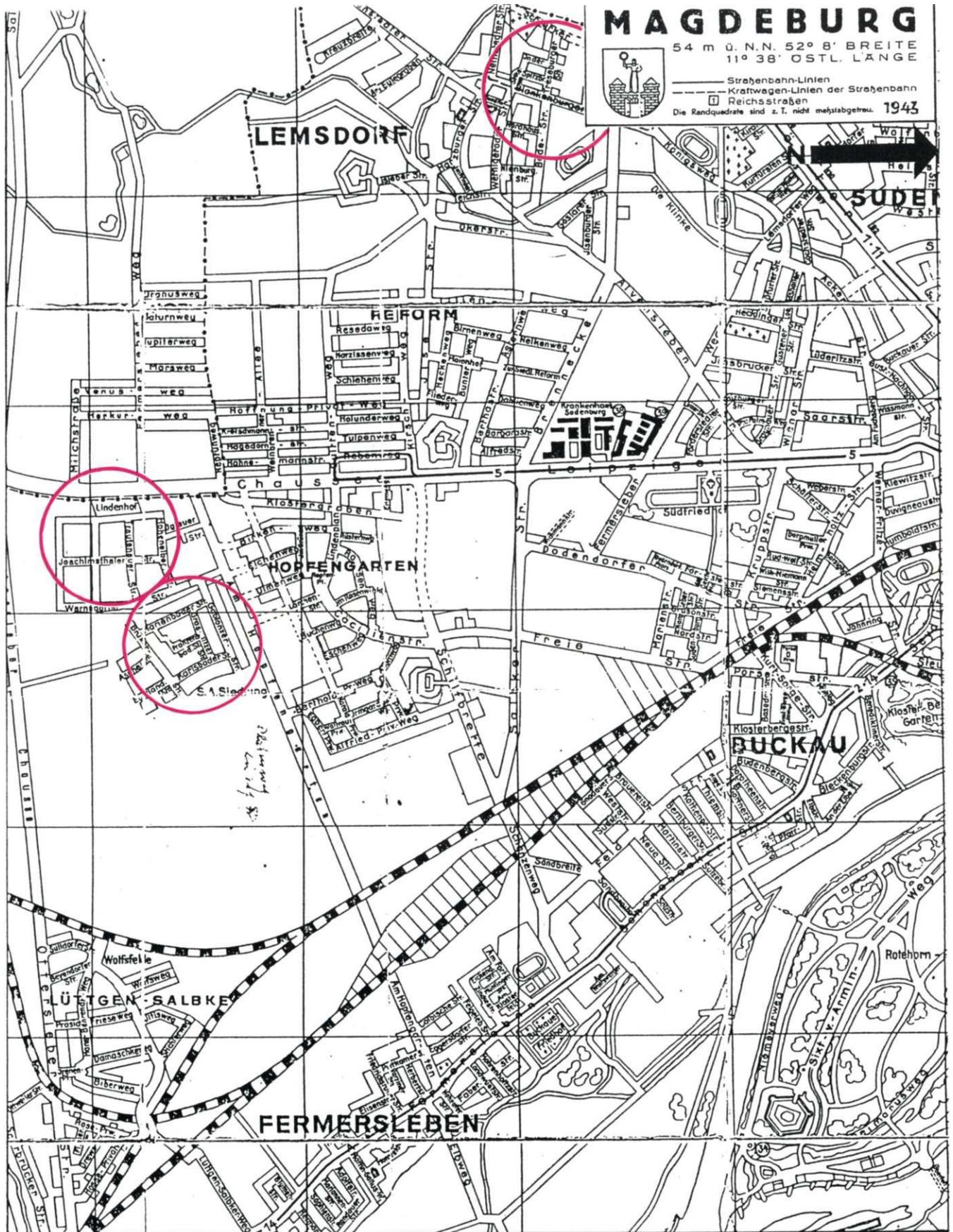




Lindenhof-Siedlung. Links im Bild die Leipziger Chaussee.
(Foto: Stadtplanungsamt Magdeburg) ▲

Siedlung Fuchsbreite. Links unten im Bild die Lindenhof-Siedlung.
(Foto: Stadtplanungsamt Magdeburg) ▼





Stadtplan der Stadt Magdeburg von 1943. (Privatsammlung K. Ziehm, Magdeburg)

Auf einer Fläche von ca. 1,5 km² waren insgesamt rund 2 500 Wohneinheiten geplant.

Der östliche Teil der Siedlung, einst als "SA-Dankopfersiedlung" bekannt, besteht aus sogenannten "Siedlerstellen in Einzel- und Doppelhausbauweise mit Stall und Nutzgarten" (Siedlung Fuchsbreite). Auf dem westlichen Teil des Geländes entstanden zweigeschossige "Volkswohnungen" in Dreier-, Vierer- und Sechserblocks (Lindenhof-Siedlung). Während Geländeerschließung und Bauplanung für beide Projekte zeitgleich verliefen, war der größte Teil der 153 Siedlerstellen bereits fertiggestellt, als mit dem Bau der angrenzenden Lindenhof-Siedlung begonnen wurde.

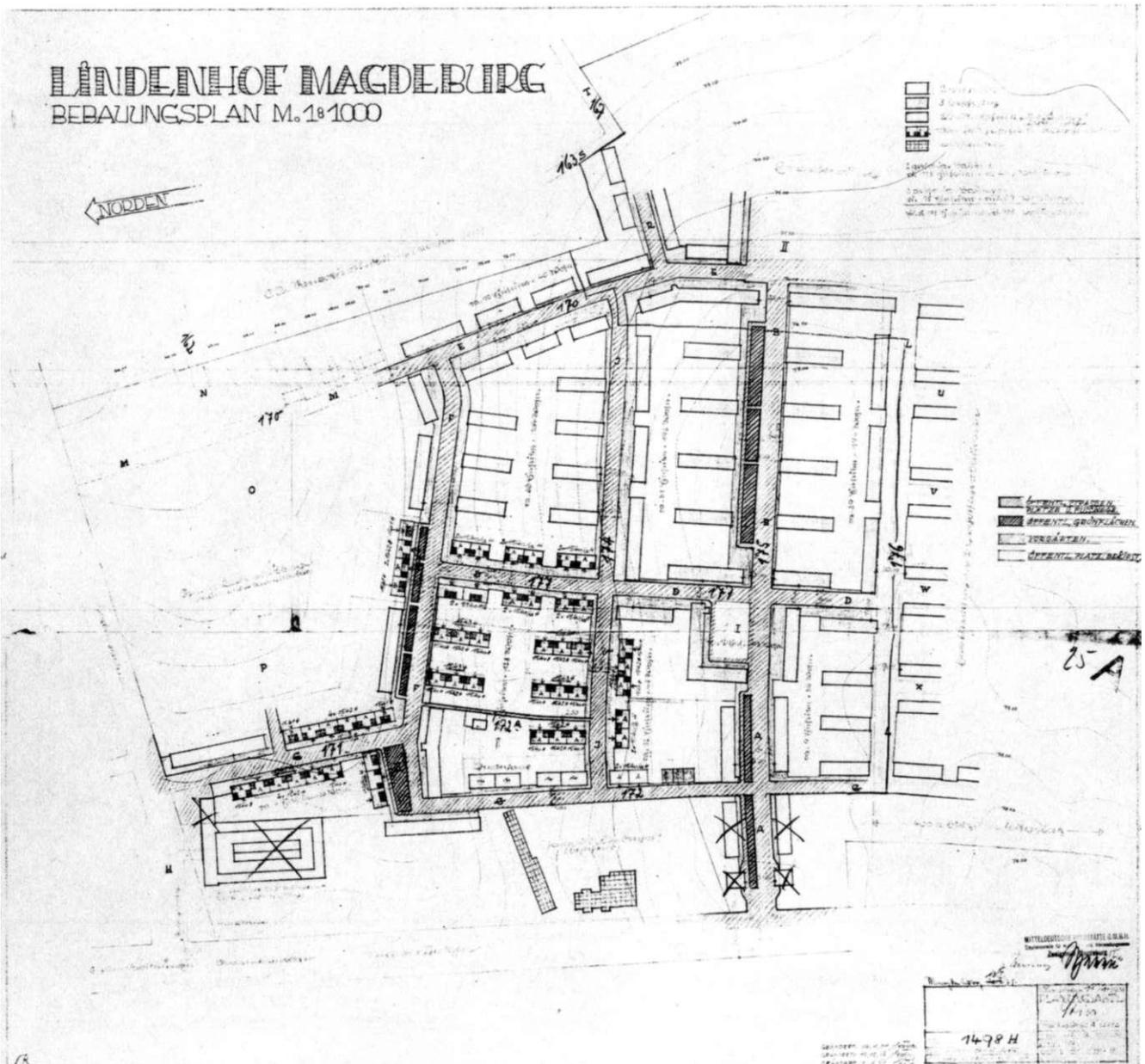
Auftraggeber der "SA-Dankopfersiedlung" war die SA

unter der Trägerschaft der *Gemeinnützigen Kriegersiedlung der Nationalsozialistischen Kriegsoferversorgung GmbH*. Die Volkswohnungen am Lindenhof wurden u. a. für Arbeitnehmer der Krupp-Gruson Werke unter der Leitung der Mitteldeutschen Heimstätte GmbH geplant und errichtet.

Zeitgenössische Berichte der Magdeburger Presse über das Bauprojekt verdeutlichen die wichtigsten Grundzüge und Merkmale der Wohnungsbauideologie jener Zeit:

Die Sorgfalt der vorbereiteten Arbeiten wird man erst richtig verstehen, wenn man bedenkt, daß hier draußen zwischen Hopfengarten und dem Flughafen Süd

Lindenhof. Bebauungsplan und 1. Bauabschnitt der Volkswohnungen.





Siedlung Fuchsbreite, Grillenstieg.

Siedlung Fuchsbreite, Falterstieg.



an der Leipziger Chaussee ein neuer Stadtteil entsteht, der in seinen Ausdehnungen manche Kleinstadt in den Schatten stellt. Rund 2 500 Familien sollen hier Wohnung finden, das heißt, ungefähr 10 000 Menschen ... Rund anderthalb Kilometer tief und etwa ein Kilometer breit ist das Gelände, das neu erschlossen werden soll, und der Vergleich mit einer Kleinstadt ist auch insofern zutreffend, als nicht eine mechanische Verlängerung der bestehenden Häuserreihen vorgesehen ist, sondern eine neue engere Lebensgemeinschaft, eine eigene kleine Stadt entstehen soll. Da ist eine zentrale Platzanlage, ein Markt gewissermaßen, mit Gemeinschaftshaus, Schule, HJ-Heim usw., ein kultureller Mittelpunkt, an dem auch im wesentlichen die Ladengeschäfte angeordnet sind, so daß hier auch wirtschaftlich ein Mittelpunkt entsteht. Die Entwicklung kann hier später einen Wochenmarkt entstehen lassen, Behördendienststellen von Post, Sparkasse und so weiter werden sich unter Umständen ansiedeln.

Die Anpassung an das Landschaftsbild, die Rücksicht auf geschlossene und abwechslungsreiche Straßenschnitte werden im Vordergrund stehen. Man wird die Siedlungshäuser gruppenweise gliedern, verschiedenartig anlegen und durch große Grünflächen in das Gesamtbild der Gemeinschaftssiedlung einfügen ...

Es wird noch manche Schwierigkeit zu lösen sein, vor allem ist es ... die Frage der Facharbeiter, die gelegentliche Verzögerungen erklärt, auch die Heranschaffung des Materials ist bei den großen Anforderungen, die heute an die Lieferwerke gestellt werden, nicht immer einfach zu lösen.

Über die Frage der einzelnen Hausformen ist die letzte Entscheidung noch nicht gefällt. Es sind eine Reihe von Formen entwickelt, die aus unserer Landschaft herausgewachsen sind, aufgebaut zum Teil auf dem guten alten Bördehaus, grundsätzlich andere Lösungen, wie sie etwa im Harz gefunden werden müssen oder in noch entfernteren Gauen Deutschlands. Ebenso wird die Frage des Hausrats gleichzeitig eingehenden Untersuchungen unterzogen, wir haben im sogenannten "Deutschen Hausrat", der entwickelt ist aus den Bedürfnissen der Kleinwohnungen und Siedlungen, wundervolle werkgerechte und praktische Dinge aus deutschen Hölzern und deutschen Werkstoffen, die bei jeder Neueinrichtung und Neuanschaffung den Vorzug verdienen. (Der Mitteldeutsche vom 16. Februar 1938).

... Wenn heute bereits die ersten großzügigen Planungen fertig vorliegen, wenn schon die Bautypen entwickelt sind, die für unsere Landschaft und für die Menschen Mitteldeutschlands als bodenständig, zweckmäßig und schön angesprochen werden müssen, dann wirkt sich in all dem die zielbewußte Vorarbeit aus, die vor allem im Gauheimstättenamt geleistet wurde ...

Als erstes Vorhaben legt der Verein zwei umfassende Planungen vor, mit denen ein wichtiger Abschnitt im Wohnungsbau Magdeburgs eingeleitet wird. Es handelt sich um die Siedlungen am Milchweg und am Lindenhof. Schon in der Auswahl dieser Siedlungsvorhaben zeigt sich, wie sehr es dem Verein möglich ist, durch den Zusammenschluß aller beteiligten und interessierten Kreise und durch den gemeinsamen Einsatz aller verfügbaren Kräfte in das Planungswesen selbst Ordnung zu bringen. Denn die beiden Bauvorhaben wurden keineswegs zufällig aufgestellt und an eben diese Plätze verlegt. Die Arbeiterwohnstätten, die hier gebaut werden, sollen vielmehr der Nachfrage und dem dringenden Bedarf an geeigneten Wohnungen gerade in den betreffenden Stadtteilen abhelfen. (Magdeburger Zeitung vom 16. Februar 1938).

Die Realisierung des Projektes sah aber anders aus. Vom ursprünglich geplanten Bauvorhaben kam nur ein kleiner Teil zur Ausführung. Von den 1450 projektierten Volkswohnungen wurde im Februar 1939 zunächst der Bauschein für 184 Einheiten beantragt, von denen auch nicht alle fertiggestellt werden konnten, und von den geplanten 1000 Siedlerstellen wurden nur 153 gebaut. Der Erlaß Hitlers vom 15. November 1939 über das Verbot aller nichtkriegswichtigen Neubauten betraf zunächst noch nicht die Wohnhäuser am Lindenhof, denn die Errichtung von Arbeiterwohnstätten war vom Erlaß ausgenommen. Die Fortdauer des Krieges und die daraus folgenden finanziellen Verluste führten aber zu immer strengeren Reglementierungen der Bauwirtschaft. Das am 16. 2.1940 erlassene eingeschränkte Neubauverbot durch Albert Speer scheint auch für den Lindenhof das Ende bedeutet zu haben. Alle Bauprojekte, deren Rohbauabnahme bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt war, mußten ebenfalls stillgelegt werden. Viele Häuserblocks, die im Rohbau fertig waren, konnten wegen mangelnder Arbeitskräfte und Materialknappheit nicht vollendet werden, zudem erschwerte die Rationierung von Rohöl den Transport der Baustoffe. Die Siedlung blieb lange Jahre eine Baustelle, Bomben hatten zusätzlich an vielen Gebäuden erhebliche Schäden angerichtet.

Brief der Dachdecker-Innung. (StAM. Rep 35. Bp A 54)

Dachdecker-Innung Magdeburg

Beschäftsstelle:
Magdeburg
Sulstav-Rochthal-Str. 5

Fernsprecher:
Nr. 40637



Postcheck:
Magdeburg Nr. 3344

Bank:
Deutsche Bank
Dep.-Kasse Gasse/Bochplatz

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen 1002/42 H/R Tag 27.4.1942

Betritt: Anfuhr von Dachsteinen

An die

Baupolizei
z.Hd.Herrn Baurat Gauger

M a g d e b u r g

Wie bereits mit Schreiben vom 20.1.42 mitgeteilt wurde, haben wir 100.000 Stück Biber als Reserve zur Beseitigung von Katastrophenschäden sichergestellt.

Um die Biberschwänze nach Magdeburg zu bekommen, ist es notwendig, daß das Wirtschaftsamt, Abt. Mineraloel, 250 kg Rohoel freigibt. Sie wollen bitte dafür Sorge tragen, daß das vorgenannte Quantum im Mai und Juni uns, d.h. unserem Obermeister zugeteilt wird.

Heil Hitler!

Dachdecker-Innung Magdeburg

Obermeister

1) Vermerk :

In der telephonischen Rücksprache mit Herrn Direktor F l ü g g e machte dieser darauf aufmerksam, daß im Mai ds. Js. weitere Kürzungen des Betriebsstoffes eingetreten seien und im Juni ds. Js. eine nochmalige Kürzung erfolge. Bei dieser Sachlage wäre es ausgeschlossen, dem Antrage der Dachdeckerinnung zu entsprechen. Ich habe

daraufhin

P. A. 42/9/22

Innerhalb des Gebietes der Lindenhof-Siedlung sollen 325 Kleinsiedlerstellen als Dankopfersiedlung der SA gebaut werden. Träger des Unternehmens ist die Gemeinnützige Kriegersiedlung der NSKOV G.m.b.H., Berlin.

An Straßenkosten einschließlich elektrischer Straßenbeleuchtung entstehen 277 352 RM, d. h. je Heimstätte 855 RM.

Seitens der Mavag wird für die Straßenrohrleitung ein Zuschuß von 47 700 RM verlangt, da die Versorgung der Kleinsiedlung mit Wasser aus Brunnen nicht möglich ist. Der Grundwasserspiegel liegt in der Gegend der Lindenhof-Siedlung 50 - 60 m unter Erdoberfläche. Seitens der Gas- und Stromversorgung Magdeburg - Südost AG werden für die elektrische Stromversorgung (Licht- und Kochanschluß) bis zur Hausanschlußsicherung 32 500 RM als Zuschuß verlangt. Die Verlegung des Wassers von der Straßenrohrleitung in die Grundstücke hinein und in die Verlegung des elektrischen Stromes von den Hausanschlußsicherungen ist Sache des Siedlungsträgers.

Die Gesamtbelastung der Dankopfersiedlung beträgt demnach:

Straßenanliegerkosten und Straßenbeleuchtung	277 352 RM
für das Wasserrohrnetz	47 700 RM
für das elektrische Stromnetz	32 500 RM
zusammen	357 552 RM

rund 1 100 RM je Stelle

Nach den Ausführungen des Regierungspräsidenten ist aber nur ein Betrag von rund 570 RM für die Siedlerstelle tragbar.

Diese Kosten von 570 RM x 325 = 185 250 RM sind von dem Träger der Dankopfersiedlung zu übernehmen, so daß die Stadt einen Betrag von 172 302 RM zur Durchführung des Projektes aufbringen muß. Im Baujahr 1938 ist beabsichtigt, seitens der Stadt allgemein einen verlorenen Zuschuß von 300 RM je Wohneinheit für Kleinwohnungen zu leisten, das sind 97 500 RM für die Dankopfersiedlung. Über diesen normalen Betrag wäre für die Dankopfersiedlung, in der bevorrechtigt alte Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung untergebracht werden sollen, ein erhöhter Betrag von 74 802 RM bereitzustellen, was einen Mehrbetrag von rund 230 RM je Stelle ausmacht. Um den alten Kämpfern der nationalsozialistischen Bewegung zu einer wirklichen Heimstätte zu verhelfen, beabsichtige ich, diese Mehrkosten zu übernehmen, so daß in diesem Falle von der Dankopfersiedlung statt 97 500 RM die Summe von 172 302 RM aufzubringen ist. Der Oberbürgermeister hat dem Regierungspräsidenten in diesem Sin-

ne seine Entscheidung bereits mitgeteilt, er bittet die Ratsherren um ihre nachträgliche Kenntnisnahme. Stadtkämmerer Dr. Klewitz spricht die Erwartung aus, daß die Versorgungsbetriebe einen Teil der von der Stadt zu tragenden Lasten übernehmen.

Ratsherr Fahrnholtz begrüßt die getroffene Entscheidung und erklärt, daß die weiteren Siedlungsvorhaben von Seiten der Industrie unterstützt werden würden.

Die Ratsherren nehmen von dieser Entscheidung Kenntnis.

Stadtbaurat Götsch schließt die Beratung gegen 18.15 Uhr mit der Führehrung. (Stadtarchiv Magdeburg, Rep 18, Bü 79, 23 ff.).

Einen Monat später, im März 1938, stoßen Parzellierung und Bebauung der Siedlung auf Widerstand der zuständigen Bauaufsichtsbehörden in Magdeburg. Beanstandet wird aufgrund der geltenden Gesetze, besonders hinsichtlich der Verordnung über die Baugestaltung, die Vielzahl der Haustypen und Grundrisse. Diese Vielzahl von Haustypen, unterschiedliche Dachneigungen und Traufhöhen, die Mißachtung des Straßenraums als Einheit, unterschiedliche Ausrichtung der Ställe, Giebelverbretterungen und schließlich die Lage der Schornsteine finden nicht die Zustimmung von Baurat Gauger und müssen abgeändert werden.

Als Vermittler zwischen Bauherr und Baupolizei schaltet sich der Regierungspräsident ein. Während die zuständigen örtlichen Behörden unter Berufung auf die Magdeburger Bauordnung auf entsprechende Änderung der Planung beharren, äußert sich der Obergruppenführer der SA, Gruppe Mitte wie folgt:

12 E. a. v. ...	← Wallstr. →
Stl. Buchstelle 1. Anst. E. B. T. 32663. Jelan, W. W. Ber. D. Gelboch. Kraler, R., Post-Ob. Schäffner a. D. Lebarth, S., Tischler. E. Winkelmann, W., Briwaren. 2	Franzensbader Str. Zudenburg. SA-Dankopfersiedlung. ← Gräßiger Str. → Linke Seite.
Böhm, M., Dreher. Brodhoff, C., Schnei- dermeister. 1	1 Anztein, J., Post-Ob. Schaffn.
Dantert, J., Kuttcher. Gilm, S., Ww. 3	3 Jaenide, J., Aufseh.
Kunmerow, D., Kosme- tikerin T.	9 Dowe, D., Stabsangest.
Mechler, E., Schuhmstr. Megenmacher, G., Schnei- dermeister. 4	11 Linke, D., Tischlermstr. 13 Bornemann, G., Tischler.
Niemann, W., Kolonialwr. Rahn, E., Frau.	← Brüger Str. → Rechte Seite.
Schmiede, W., Möbelhdl. -Ottob.-Guerride-Str. →	← Gräßiger Str. →
Franzschstr. Altstadt. Eduard Friedrich von Franzsch, General der Infanterie. K...rinen.	2 Verleberg, J., Rfm. 4 Krüger, W., Ob. Gärtm. 6 Schulz, W., Stabsangest. 8 Anton, R., Reich. Säger. 10 Gorges, R., Schlosser. 12 Wiedke, E., Arb. 14 Neubau.
	← Brüger Str. →
	Franz-Seldte-Str. H...rdt zu G...

Aus dem Magdeburger Adreßbuch von 1940.

SA der NSDAP

Der Führer der Gruppe Mitte

Betrifft: Dankofersiedlung Magdeburg

Magdeburg, den 9. März 1938
Am Skagerrakplatz

Ich ... stelle mit Nachstehendem noch einmal eindeutig fest, daß als Bauherr für die Dankofersiedlungen die Oberste SA-Führung in München anzusehen ist, die sich zur Ausführung der Siedlungen der Gemeinnützigen Kriegersiedlung der NSKOV in Berlin bedient. Diese als Siedlungsträger in Frage kommende Gesellschaft stellt die Planungen nur nach Vorschlägen und mit Übereinstimmung der Obersten SA-Führung auf. Die Vielseitigkeit der Siedlungstypen entspricht den Grundsätzen,

Siedlung Fuchsbreite: Bebauungsplan der DAF Magdeburg.

die die Oberste SA-Führung für die Dankofersiedlungen aufgestellt hat. Von diesen Grundsätzen wird unter gar keinen Umständen abgewichen, zumal diese Vielseitigkeit auch den Ansichten des Führers entspricht.

Die Gruppe Mitte tritt bei den Verhandlungen lediglich als die der Obersten SA-Führung unmittelbar unterstehende Dienststelle als Beauftragte derselben auf. Die von der Obersten SA-Führung genehmigten Planungen unterliegen lediglich der Durchsicht, die auf Grund der baupolizeilichen Vorschriften vorgenommen werden.

Über die Siedlerauswahl ist folgender Gang von der Obersten SA-Führung durch eine Besprechung mit dem Reichsheimstättenamt festgelegt worden:

Bei SA-Männern werden seitens der Gruppe entsprechende Fragebogen mit den erforderlichen Bescheinigungen über Dienstleistung, Gesundheitszustand und



Bericht über die Wohnverhältnisse der Obersten SA-Führung zugeleitet, die diese nach Genehmigung dem Gauheimstättenamt zur Ausstellung des Siedlereignungsscheines übermittelt Die Genehmigung der Obersten SA-Führung ist endgültig und wird in jedem Falle vom Heimstättenamt anerkannt

Bei Nicht-SA-Männern tritt nach Feststellung der erforderlichen Bescheinigungen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters der betreffenden Gemeinde ein Prüfungsausschuß zusammen, in dem ein SA-Führer vertreten ist und der die Eignung des Bewerbers als Siedler feststellt ...

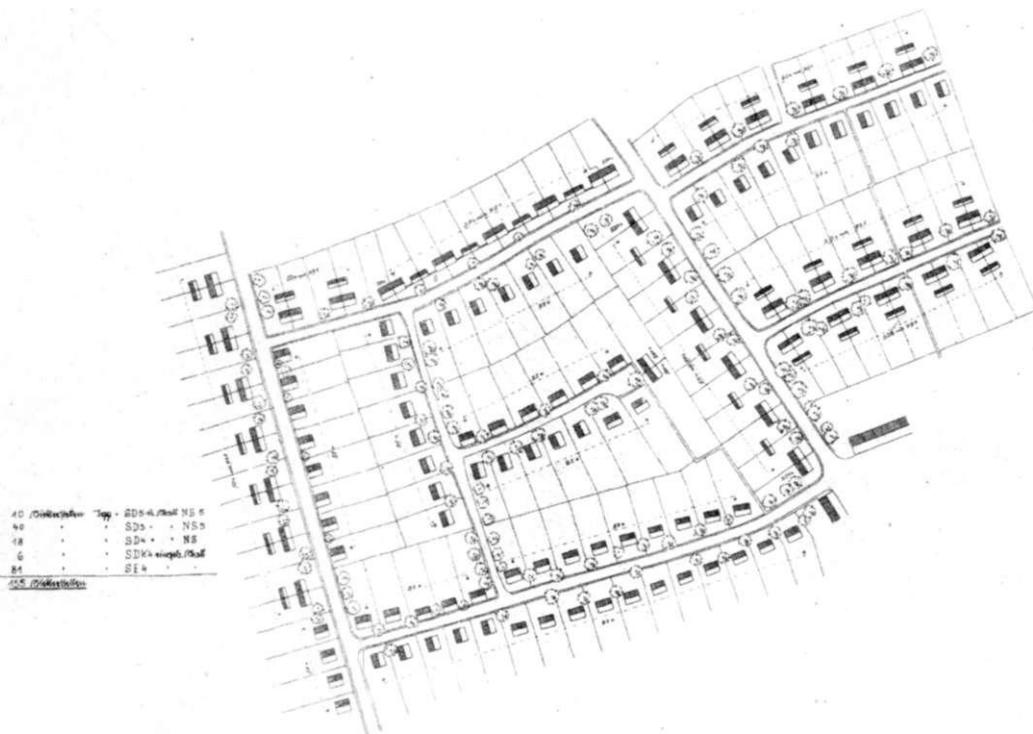
Die endgültige Entscheidung trifft auch hier die Oberste SA-Führung.

Der Führer der Gruppe Mitte
gez. Kob
Obergruppenführer

Als die NS-Kriegsopferversorgung wegen Finanzierungsproblemen eine Anzahl der Haustypen herausnehmen muß, kommt es Mitte Mai 1938 zur Einigung zwischen Bauherr und Baupolizei. Der Bauschein zur Errichtung der Siedlung wird daraufhin erteilt.

Anders als bei anderen Kleinsiedlungen dieser Zeit, wurde diese nicht mit Hilfe der zukünftigen Siedler errichtet, sondern dem Architektenbüro Baumann und Runge, Magdeburg, in Auftrag gegeben, welches die Bauarbeiten ausführte, noch bevor die baupolizeiliche Genehmigung hierzu erteilt worden war. Die Genehmigung wurde für Bauvorhaben erst gegeben, wenn das Arbeitsamt dem Verbrauch der benötigten Menge an Eisen zugestimmt hatte. Die bereits ausgestellten Strafverfügungen an das Architektenbüro und an die Gemeinnützige Kriegersiedlung der NSKV wurden jedoch nicht zugestellt, Zahlkarte und Postzustellungsurkunde befinden sich heute noch in der Akte. Oberbürgermeister Markmann hatte im letzten Moment von einer

Siedlung Fuchsbreite: Bebauungsvorschlag der Baubehörde Magdeburg.



Projektvorschlag im Zusammenhang mit der Bebauung des ... (The text is partially illegible but appears to be a descriptive note for the plan.)

1938. 5. 12. 1938

... (Official stamp and signature block, including a circular seal and a signature.)

Bestrafung abgesehen:

...Ich nehme in Anwendung des § 153 der Strafprozeßordnung von einer Bestrafung im vorliegenden Falle Abstand, verwarne Sie aber und erwarte, daß Sie die baupolizeilichen Vorschriften beachten. Im Wiederholungsfalle müßte ich Sie bestrafen (§ 59 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931).

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie in Zukunft mit einer derartig entgegenkommenden Regelung nicht rechnen können, sondern daß ich bei erneuter Übertretung der gesetzlichen und ortspolizeilichen Bestimmungen gezwungen bin, Sie zu bestrafen...

Die Architekten Runge und Vanoni wurden in die gebührenfreie Verwarnungsliste eingetragen.

In den Kriegsjahren versuchten einige Siedler der Fuchsbreite für unterschiedliche Bauvorhaben eine Geneh-

mung zu erhalten. Besonders gefragt waren die Überdachung von Hauseingängen und die Errichtung von Terrassen. Die Bauanfragen wurden jedoch in allen Fällen mit der Begründung abgelehnt, daß nach den für die Regelung der Bauwirtschaft geltenden Bestimmungen zur Zeit nur solche Bauvorhaben durchgeführt werden dürfen, die unbedingt erforderlich und kriegswichtig sind. Lediglich die Errichtung von Hühner- und Kaninchenausläufen wurde genehmigt und in den meisten Fällen auch durchgeführt.

Erst nach Kriegsende konnten die Siedler kleinere Umbauten an ihren Häusern ausführen, wie die Errichtung von Räucherkammern und zusätzlichen Ställen für die Nutriazucht. Ein großer Teil der Siedlerstellen war durch Luftangriffe beschädigt oder ganz zerstört worden. Der Wiederaufbau dieser Häuser geschah allerdings nach dem Originalbauplan - manchmal mit veränderter Raumaufteilung.

29

Auszug aus dem Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages
Nr.20 - 20. August 1940.

Ausnahme von Neubauverbot bei Kriegsgefangeneneinsatz.

Der GB-Bau hat durch RdErl. vom 15. Juli 1940 - XVIIIb/1005/4 - die Gebietsbeauftragten ermächtigt, Ausnahmegenehmigungen vom Neubauverbot auch über die bisherige Grenze von 20 000 RM hinaus zu erteilen, sofern es sich um Bauvorhaben handelt, bei denen, abgesehen von Vorarbeitern usw. lediglich Kriegsgefangene eingesetzt werden sollen. Vorbedingung für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung ist, dass die benötigten Baustoff- und Treibstoff-Kontingente sowie die erforderlichen Baugeräte vorhanden sind.

Nachrichtendienst DGT, 20.8.1940.

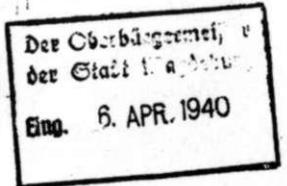
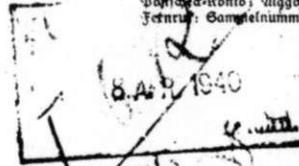
Arbeitsamt Magdeburg

Geschäftszeichen: - 9100 -

(Vorliegendes Geschäftszeichen und den Gegenstand bei der Antwort angeben)

Magdeburg, den 4. April 1940.

Königstraße 14
Reichsbank-Girokonto Magdeburg 192
Postfach-Konto Magdeburg 4828
Telefon: Sammelnummer 23671



An den

Herrn Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg
als Ortopolizeibehörde - Baupolizei -
Magdeburg

Betr.: Neubauverbot - 9. Anordnung des Generalbevollmächtigten
für die Regelung der Bauwirtschaft.

Vorg.: Ziffer V des Erlasses des RAM vom 4.3.1940.

Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft hat nach der Neufassung des Neubauverbots, veröffentlicht im Deutschen Reichs-Anzeiger und Preussischen Staatsanzeiger unter Nr. 44 vom 21.2.1940, unter § 1 angeordnet, dass sowohl kriegswichtige als nichtkriegswichtige Wohnungsbauvorhaben, die auf der Baustelle noch nicht in Angriff genommen worden sind, bis zum 15.5.1940 nicht mehr begonnen werden dürfen. Auf Grund der inzwischen erlassenen Ausführungsbestimmungen dürfen alle sonstigen, nicht als kriegswichtig anerkannten Wohnungsbauten, sofern die Versorgung mit Baustoffen sichergestellt ist, nur weitergeführt werden, wenn sie bereits im Rohbau fertig sind oder der Gebietsbeauftragte auf Antrag die Zustimmung zur Weiterführung erteilt hat.

Ich bitte die Bauherren von den Bauvorhaben, die noch nicht im Rohbau fertiggestellt sind und nach dem Stande der gegenwärtigen Wirtschaftslage eine Ausnahmegenehmigung nicht in Frage kommt, davon in Kenntnis zu setzen, dass das Bauvorhaben stillgelegt werden muss. Sofern die örtliche sowie Gesamtarbeits-einsatzlage die Weiterführung eines Bauvorhabens rechtfertigen, bitte ich, soweit die Zuteilung kontingentierter Baustoffe bereits erfolgt ist, die Bauherren darauf hinzuweisen, einen Antrag auf Erlangung einer Ausnahme vom Bauverbot durch den Gebietsbeauftragten dem Arbeitsamt Magdeburg einzureichen. Die Antragstellung muss nach vorgeschriebenem Vordruck erfolgen, die

die

P.A. 4018/5



Blick in die Siedlung Fuchsbreite.

Magdeburg, den 19. 1. 1940.

Magdeburg, den 11. 1. 1940.

Frau Elsa Walther
Magdeburg Sudb.
Friedlanderstr. 10.
Dankopfersiedlung

Städt. Bauamt
Der Oberbürgermeister
13. JAN. 1940

An
die

Baupolizei in Magdeburg.

Ich bitte Sie hierdurch höflichst, mir einen Beamten zu schicken der sich einmal meine vollkommen nasse Wohnung ansieht. Im Schlafzimmer ist die eine Wand vollkommen durchnässt. Es ist sogar Eis an der Wand. Da bereits eins meiner drei Kinder erkrankt ist, und die Gefahr weiterer Erkrankungen besteht, bitte ich die Wohnung zu besichtigen. Ich würde Ihnen für eine schnelle Beilegung sehr dankbar sein.

Heil Hitler!

Frau Elsa Walther.

Elsa Walther

Beschwerdebrieff einer Siedlerin kurz nach Fertigstellung der Siedlung.

Siedlungen Lindenhof (grün) und Fuchsbreite. Lageplan.
Alle grau schraffierten Flächen der Siedlung Fuchsbreite
markieren spätere Anbauten.

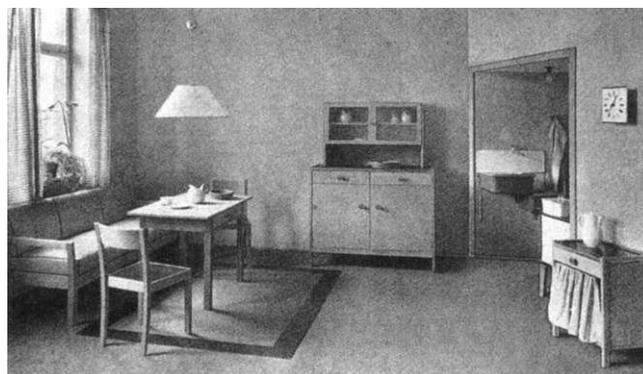


Die Siedlung

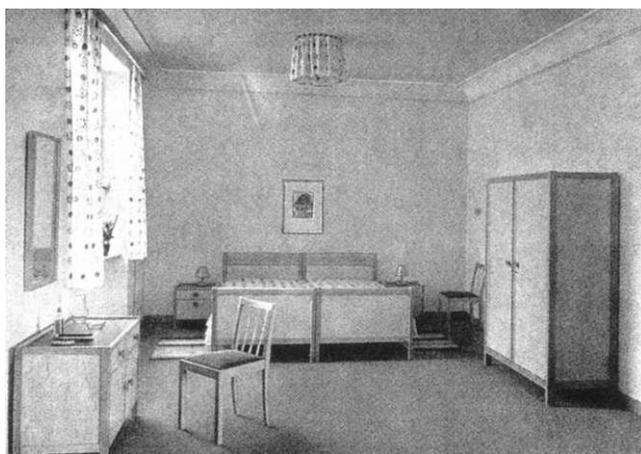
Nach dem Vorbild der vorstädtischen Kleinsiedlung liegt auch die Siedlung Fuchsbreite an einer Durchgangsstraße (Am Hopfengarten) und wird gleichzeitig von ihr im Norden begrenzt. Östlich und südlich schließen sich freie Flächen an, während der Otternweg (Lindenhof-Siedlung) die westliche Begrenzung bildet. Die Straßenführung innerhalb der Siedlung erfolgt rasterförmig und nimmt gleichzeitig Bezug auf die Geländebeschaffenheit. Einzige Ausnahme bildet der Käferweg, welcher als Zentrum der Siedlung in eine Sackgasse führt, deren Ende zu einem kleinen Platz erweitert ist.

Die an den Straßen aufgereihten und von ihnen durch kleine Vorgärten getrennten Siedlungshäuser liegen sich teils gegenüber, teils stehen sie versetzt zueinander. Dahinter schließen sich die langen und schmalen Gartenflächen an. Die 71 zweistöckigen Einzelstellen stehen auf einem dem Quadrat angenäherten Grundriß, so daß sich für die 78 Doppelstellen eine querrrechteckige Form ergibt, deren Seitenlänge die Hälfte der Vorderseite ausmacht. Die vier Eigenheime weisen einen rechteckigen Grundriß auf. Zusätzlich aufgelockert wirkt die Bebauung der Siedlung dadurch, daß die Häuser teils giebelständig, teils traufenständig zur Straße stehen.

Die Stallgebäude sind unterschiedlich mit den Häusern verbunden. Meist befinden sie sich hinter dem Haus, an dem sie zentriert oder versetzt in Längsrichtung angebaut wurden. Dies gilt sowohl für die Einzelstellen wie auch für die Doppelstellen. An anderen Doppelstellen befinden sich die Kleintierställe seitlich jeweils links und rechts des Hauses und nach hinten versetzt. Einige Einzelstellen sind durch einen Doppelstall miteinander verbunden. Manche Doppelställe sind freistehend hinter je zwei Einzelstellen quer zu den Häusern angeordnet, so daß die mittlere Trennwand der Ställe

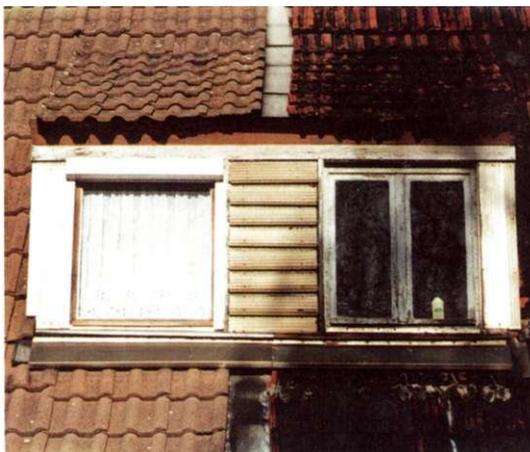


Wohnküche und Schlafzimmer einer Volkswohnung. Deutsche Werkstätten Hellerau.



auf der Grundstücksgrenze liegt. Die restlichen Doppelställe schließlich liegen ebenfalls quer hinter dem dazugehörigen Doppelhaus und führen durch eine Pergola zur Rückseite der Häuser. Die vier Eigenheime haben keinen Stall. Zum Stallgebäude gehörte ein Wirtschaftsraum, darüber war ein Heuboden vorgesehen.

Fenster in der Siedlung Fuchsbreite (bis einschl. S. 47).



Die äußerst geringen finanziellen Mittel, welche für die Errichtung der Kleinsiedlerhäuser zur Verfügung standen sowie die untergeordnete Bedeutung des Wohnhauses in der NS-Siedlungsbaupolitik erklären nicht nur die Wahl billigster Baumaterialien, sondern auch die minimalen Raummaße.

Die Architektur der Häuser ergibt sich aus der ihnen zugedachten Funktion. Neben der Familie mußte die Siedlerstelle ausreichend Platz bieten für die Unterbringung des Kleinviehs, der Geräte und für die Lagerung von Heu. Der Raum unter dem spitzen Dach konnte als Trockenboden genutzt werden und bot den Siedlern die Möglichkeit, kostengünstig ihren Wohnbereich auszubauen. Die Anordnung von Türen und Fenster erfolgte ebenfalls nach praktischen Erwägungen. Die Stalltüren sind von außen zugänglich, die Fenster sind so angeordnet, daß optimale Licht- und Belüftungsmöglichkeiten gegeben sind. Während die Haustüren gerahmt und im oberen Teil mit einem vierteiligen Sprossenfenster versehen waren, bestanden die Stalltüren aus einfachen Lattentüren. In den meisten Fällen waren in den Giebelflächen der angebauten Stallgebäude Dachluken für den Transport des Winterfutters angebracht.

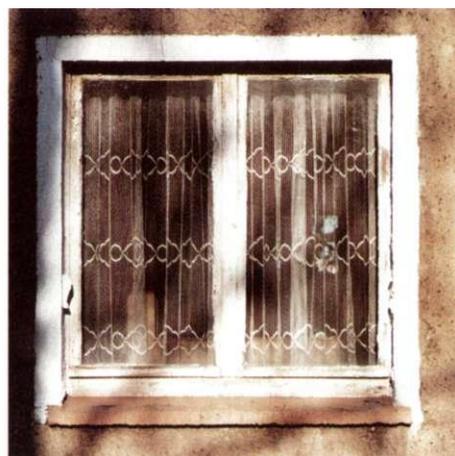
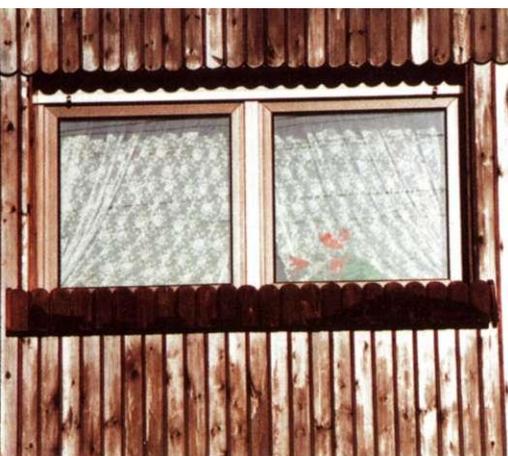
Nützlichkeits Erwägungen gehorcht auch der Grundriß der Häuser. Durch einen kleinen Flur erreichte man die einstige Wohnküche und den Wirtschaftsraum. Ebenfalls im Erdgeschoß lagen Elternschlafzimmer und ein Kinderzimmer. Die Größe der Wohnräume war so bemessen, daß der "Mindesthausrat" der Bewohner, über welchen die DAF ebenfalls Richtlinien erstellt hatte, darin untergebracht werden konnte. Badezimmer oder Duschaum kamen wegen der fehlenden Kanalisation nicht in Frage, der Abort lag entweder neben Stall und Waschküche oder - bei freiliegenden Stallgebäuden - im Kellergeschoß des Hauses.

Die durchschnittliche Wohnfläche der Siedlerstellen bei voll ausgebautem Dach liegt zwischen 70 und 80 m², die Wirtschaftsfläche betrug ca. 30 m². Ungefähr ein Viertel der Siedlerstellen war ursprünglich mit Luftschutzkellern versehen.

Hausrat für Kleinsiedlungen.

Die wirtschaftliche Haushaltsführung der Kleinsiedler erfordert die Verwendung zweckmäßigen und technisch einwandfreien Siedlerhausrats, der nach Preis und Größe den Verhältnissen der minderbemittelten Volkskreise und den Raumverhältnissen ... angepaßt ist. Das Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront hat Richtlinien für Siedlerhausrat, insbesondere für Möbel, im Einvernehmen mit Handwerk, Industrie und Handel herausgebracht, desgl. eine Veröffentlichung "Deutscher Hausrat"....

In dem Grundrisse mit Stallanbau liegt in der Regel ein kleiner Vorraum im Anbau im Anschluß an das Hauptgebäude, an das sich an der einen Seite Wohnküche und Treppe zum Obergeschoß, an der anderen Seite Aborte und ein Gang zum Stall anschließen. Die Wohnküchen haben eine Größe von 13 bis 14 qm, die im Obergeschoß beim Dachausbau auf 10 qm vermindert sind. Zu einem Elternschlafzimmer von 12 bis 13 qm kommt noch ein Kinderschlafzimmer von etwa 8 qm. Ein einarmiger Treppenlauf führt zur Einliegerwohnung hinauf, dessen Grundriß zweckmäßigerweise so gestaltet wird, daß eine Kammer zur unteren Wohnung geschlagen werden kann, falls das Erdgeschoß von einer kinderreichen Familie bewohnt wird.





Siedlung Fuchsbreite während ihrer Entstehung. (Foto: StAM)

Das Leben in der Siedlung damals und heute

Wie aus den Gesprächen mit Bewohnern, die von Anfang an in der Siedlung Fuchsbreite leben, zu entnehmen ist, waren die Häuser bereits fertig, als die Bewohner einzogen. In Eigenarbeit wurde von den Siedlern das Dachgeschoß erst allmählich im Laufe der späteren Jahre ausgebaut, da in den meisten Fällen das nö-

tige Kapital noch nicht zur Verfügung stand. Zum Einzug bekam jede Familie vom Staat einen Handwagen, ein Ferkel und zehn Hühner, außerdem einige Obstbäume und Obststräucher. Wer es sich leisten konnte, kaufte die Siedlerstelle zum Preis von 3000 Reichsmark, die Miete für die anderen Bewohner betrug 35 Reichsmark. Ab 1957 wurden die Häuser den Bewohnern zum Kauf angeboten, die gezahlten Mietleistungen und etwaige



Blick in die Siedlung Fuchsbreite.

Wiederherstellungskosten aufgrund von Kriegsschäden wurden angerechnet.

Wie aus dem Magdeburger Adreßbuch von 1940 zu entnehmen ist, zählten zu den Bewohnern der Siedlung neben Arbeitern, Facharbeitern und Beamten auch selbständige Handwerker wie Bäcker und Schneider. Im weiteren Umkreis der Siedlung gab es keine Einkaufsmöglichkeiten für die Familien, und da die Frauen

berufstätig waren oder kleine Kinder hatten, waren die langen Wege auf Dauer für die Familien nicht tragbar. "Da hier auch ein Mann von der SA wohnte, bekam meine Schwester die Erlaubnis, in ihrem Haus einen Lebensmittelladen aufzumachen, das war für uns alle eine große Erleichterung", erzählt eine Bewohnerin. Auch der weite Schulweg nach Fermersleben war für die Kinder ein Problem. "Während der Luftangriffe auf

